

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/026

Chronik vom 16. Oktober 1998 bis zum 31. Dezember 1998

16.10.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 1998: >>**Ermittlungen gegen früheren KZ-Arzt**

Gegen den letzten lebenden KZ-Arzt von Auschwitz, Hans Münch, haben deutsche Behörden Ermittlungen wegen Mordes und Beihilfe zum Mord aufgenommen. ...

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat ein früheres Ermittlungsverfahren gegen den 87jährigen wieder aufgenommen, weil in der Gauck-Behörde bislang unbekannt Stasi-Unterlagen entdeckt worden seien. ...<<

23.10.1998

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Oktober 1998: >>**NS-Verfolgte fordern Geld für Hinterbliebene**

... Der tschechische Zwangsarbeiterverband will gegen deutsche Firmen klagen.

"Die Schadenersatzforderungen dürfen sich nicht nur auf die Überlebenden beschränken", sagte am Donnerstag Lothar Evers vom Bundesverband der NS-Verfolgten. Auch Witwen und Waisen müßten entschädigt werden. Evers forderte weiter, die finanzielle Leistung der deutschen Unternehmen müsse deutlich höher sein als 1,25 Milliarden Dollar. Diese Summe hatten jüdische Organisationen kürzlich mit Schweizer Banken ausgehandelt. ...<<

04.11.1998

BRD: Norbert Happ wird am 4. November 1998 in Siegburg mit dem "Rheinlandtaler" des Landesverbandes Rheinland ausgezeichnet.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 - 2000 veröffentlicht später die Ansprache des Försters Norbert Happ zur "Verleihung des Rheinlandtalers" in Siegburg (x853/...): >>"Heimat"

Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren,

In den letzten Tagen und Wochen habe ich mich aus naheliegenden Gründen intensiver mit dem Begriff Heimat auseinandergesetzt, etwas, was mir bisher kaum in den Sinn kam, da für mich der Begriff Heimat selbstverständlicher Lebensbestandteil war, - so selbstverständlich, daß ich nicht weiter darüber nachgedacht habe. Das Schindluder, das in meiner Kindheit politisch mit den Begriffen Volk, Vaterland, Heimat und Scholle getrieben wurde, hat mich da-

mals noch nicht erreicht und so keinen Schaden hinterlassen.

Nun war ich des naiven Glaubens, wenn ich alles lese, was mir an Literatur über den Begriff Heimat in die Hände fällt, könnte ich eine prägnante, vielleicht sogar kurze, zusammenfassende Definition erstellen: Was ist Heimat? Und ich habe gelesen von Ernst Rudorff über Hermann Löns bis zum Brockhaus - und ich bin an meinem Vorhaben gescheitert, mußte scheitern. Es gibt sie nicht die umfassende Definition, zu mehrdimensional, zu facettenreich, zu komplex, ja viel zu kompliziert ist dieser Begriff.

Heimat reicht von Jugendheimat, Lebensheimat, geistiger, kultureller, sprachlicher, politischer und himmlischer Heimat hin bis zur Heimat als Rechtsbegriff. Immer allerdings ist es ein überschaubarer Orientierungsraum, der es dem Menschen erlaubt, heimisch zu werden. Dabei ist Raum nicht nur als Ort und Landschaft zu verstehen, sondern durchaus auch als Raum in Geist, Seele und Gefühl. Und so muß zwangsläufig der Heimatbegriff verschiedener Menschen so unterschiedlich sein wie ihre Herkunft, ihr Lebensweg und ihre Bindungen.

Heimat ist Landschaft, - nicht nur die freie Landschaft, sondern auch die dörfliche und urbane, unterschiedlich empfunden bei Jugendheimat und Lebensheimat, die ja heute bei vielen Menschen nicht mehr deckungsgleich sind.

Heimat ist Sprache, - unsere deutsche Sprache oder auch Mundart als Muttersprache. Mundart oder auf rheinisch "Platt" - zu lange verpönt nach dem Motto: "Wer Platt spricht ist des Hochdeutschen nicht mächtig".

Längst überholt ist diese Diskriminierung.

Wie reich ist doch Mundart, wie viele Abstufungen und unterschiedliche Begriffe gibt es in der Mundart für Tätigkeiten, Befindlichkeiten und Gerätschaften, wo das Hochdeutsche oft nur eine Bezeichnung kennt.

Übt man, wie ich, seinen Beruf auf dem Lande aus, kommuniziert es sich viel leichter in der Landschaftssprache, die ich gelernt habe, ohne die Sprache der Jugendheimat zu verlernen, ganz bewußt. Wichtige, oft lustige Nuancen würden mir sonst entgehen, auf deren Genuß ich nicht verzichten möchte, herzerfrischende Idiome und Zwischentöne.

Vieles ist und geht verloren, muß verloren gehen. Wer mit einem Gerät nicht mehr arbeitet, weil es nicht mehr gebraucht wird und weil es das Werkzeug nicht mehr gibt, kann nicht mehr wissen, wie das Werkzeug und die damit verbundene Tätigkeit heißen.

Aber was wird aus unserer deutschen Sprache, wenn wir sie weiter malträtieren? Ich meine nicht die Rechtschreibreform; da werde ich mir eine eigene Altersklausel einbauen. Sie tritt für mich nicht mehr in Kraft. Mögen sich, wenn es denn ansteht, Redakteure damit beschäftigen und nachbessern, mir ohnehin angenehmer, als wenn sie Sinngehalte ändern.

Heimatverlust durch Sprachüberfremdung. Wir kommen bei den heutigen Kommunikationsmitteln um die Weltsprache Englisch nicht herum. Ich habe nichts gegen diese Sprache, schon gar nichts gegen das zugehörige Land, das ich sehr schätze. Aber muß denn diese Sprache in jeder sich bietenden Situation der unsrigen übergestülpt werden?

Stellen Sie sich einmal vor, ich würde als Forstmann und Jäger auf die Idee kommen, einige Forstleute und Jäger einzuladen, um mit ihnen zu überlegen, wie man in unserer Region den Wildbestand intensiver beobachten und erfassen könnte, um seine Behandlung zu verbessern. Man würde doch heute von mir fast erwarten, daß ich einlade zu einem meeting mit einem brain-storming über ein verbessertes game-monitoring zur Optimierung des wildlife-managements.

Sprache der Dichter und Denker, Heimatsprache, die wir so behandeln, als müsse man einem Gesunden eine Prothese anlegen, geistiger Heimatverlust, gegen den wir einfach etwas tun müssen: jeder, immer, überall.

Und Heimat bedeutet Menschen, - in der Familie, in der Berufsgruppe, im Verein, in der Kirche, in der Partei. Prof. Dr. Antonius John ... hat mir einmal gesagt: Heimat ist da, wo man

erwartet wird. Ich möchte dieses Wort ausweiten auf: Heimat ist auch da, wo etwas von einem erwartet wird.

Und Heimat bedeutet Musik und Lieder, - wie viele unserer alten und schönen Lieder geraten in Vergessenheit. Ich weiß, daß es keinen Anschluß mehr gibt an die heutige Zeit, es entstehen keine Volkslieder mehr. Was auch sollten sie besingen? Eine Zuckerrübenkampagne und ein Stau auf der A3 sind nicht der Stoff, aus dem Verse und Melodien entstehen. Aber unsere Lieder sind Bestandteil unserer gewachsenen Kultur, vor allem der ländlichen.

Der Einwand, daß die Texte nicht mehr zeitgemäß oder gar kitschig sind, läßt sich leicht entkräften. Übersetzt man einmal etwas davon, was uns pausenlos aus allen akustischen Medien entgegenplärrt, dann gibt es überhaupt keinen Grund mehr für eine Geringschätzung unserer alten Lieder.

Im vergangenen Jahr fand in Bonn das Jubiläum "75 Jahre Sängerkreis Bonn und Umgebung" statt. Zwei Stunden wurde ausgezeichnet gesungen und musiziert - kein deutsches Volkslied war dabei, wirklich nicht ein einziges. Ich sehe noch vor mir das silberhaarige Halbrund einiger vereinigter Frauenchöre.

Tapfer und wirklich gut haben sie sich durch Partien des Musicals "Cats" gekämpft. Einige der Damen haben mir hinterher allerdings gestanden, daß sie noch nie vorher mit der englischen Sprache zu tun gehabt und doch vielleicht lieber "Im schönsten Wiesengrunde steht meiner Heimat Haus" gesungen hätten. Besser hätte es gepaßt und manchem hätte es auch besser gefallen, mir auch, durchaus wissend, daß der wenigsten Heimathaus im schönsten Wiesengrunde steht oder stand.

Es steht nicht gut um ein Volk, das seine eigenen Lieder nicht mehr kennt und nicht mehr singt und die Sprache seiner Dichter verleugnet. Wir können und dürfen uns der multikulturellen Gesellschaft nicht verschließen - es wäre welt- und zeitfremd. Aber wir dürfen dennoch unsere Wurzeln nicht vernachlässigen. Auch ein hohler Baum mit angefaulten Wurzeln kann noch eine Weile grüne Blätter tragen, ohne daß man merkt, wie es um ihn steht - es fragt sich nur, wie lange.

Heimat läßt sich an vielen Punkten festmachen, und vielleicht kann man das so ausdrücken: Heimat entsteht, wenn man irgendwo aus der Seele oder auch aus dem Gemüt heraus ein Band des Vertrauens und des Vertrautseins anknüpfen kann, an Menschen, Landschaften, Gebäude, Bäume, Melodien und Stimmungen. Viele Bänder ergeben einen festen Halt und fester Halt gibt feste Werte.

Dabei sind die Bänder der Erinnerung an die Kindheits- und Jugendheimat besonders gefühlsträchtig und illusorisch. Geht man wieder einmal die alten Wege, erwartet man die alten Bilder, die alten Stimmungen, die es nicht mehr gibt.

Zu schnellebig war und ist unsere Zeit. Wenn es in einem alten Lied von der Rückkehr in die Heimat heißt: "Die alten Straßen noch, die alten Häuser noch, die alten Freunde aber sind nicht mehr", so könnte man heute singen: "Die alten Straßen nicht, die alten Freunde nicht, die alten Häuser sind erst recht nicht mehr".

Eine Melodie meiner südoberbergischen Jugendheimat hat sich mir tief eingegraben: Das vielstimmige Pinken des Sensendengelns, vermischt mit dem Wachtelruf maimorgens in aller Frühe - Melodie der Heimat, beileibe nicht "Heimatmelodie", nie aufgezeichnet, nicht reproduzierbar, unwiederbringlich dahin. Wieviel Musik dieser Welt gäbe ich dafür, sie noch einmal zu hören.

Und der Heimatwald, zu Recht dort "Busch" genannt, - Lohwald mit seinem bunten Leben. 10 Jahre bin ich zu spät geboren, um das Birkwild noch als Charaktervogel dieser Landschaft erleben zu können - längst vergessen, nicht mehr vermißt. Verfichtet, flurbereinigt, die Pfade fleißiger Vorväter verwachsen, die Erinnerung an ihre Gestalten verweht. Blühende Waldwiesentäler mit den roten Punkten der damals noch nicht verfemten grazen Rehe, sitkaverfichtet

oder ponybeweidet, zertreten, verdrahtet und zerhüttelt.

Hochwald habe ich erst in meiner jetzigen Heimat, im Kottenforst, kennengelernt - die Ehrfurcht vor alten Bäumen hat mich nie mehr verlassen, ihre Ernte fällt mir schwer.

Der Blick auf Fachwerkdörfer im Rund waldiger Höhen, im Flor (in der Blüte) blühender, altehrwürdiger Obstbäume ist mir unvergessenes, verlorenes Vergangenheitsbild. Die meisten Häuser sind längst rivergipst, glasbauversteint, gartenverzweigt und blauumfichtet. Die Obstbaumveteranen, die Generationen von Vorfahren gesehen haben, sind vor Jahrzehnten wahnwitzigen Abschaffungsprämien zum Opfer gefallen.

Alle Fernsbilder dieser Welt gäbe ich dafür, diese Dörfer mit der Buntheit und Vielfalt ihres ländlichen Lebens und ihrer Gestalten noch einmal zu sehen und zu erleben. Schlafnester sind es heute, überwiegend ohne jedes bäuerliche Leben und damit ohne jegliche eigenständige Kultur.

Mit der Kuh und der letzten zugeteerten Wegepfütze geht die Schwalbe - dem Menschen durch Jahrtausende zugesellt -, mit dem letzten hohlziegelgedeckten Schuppen oder Stall geht sogar der Spatz. Bunter wird unsere Welt nicht, nur greller, nicht reicher an Melodien, nur lauter.

Aber wer die Getreidehocken auf dem Felde vermißt und die kunststoffverpackten Rundballen industrieller Landbewirtschaftung reklamiert, sollte sich des händischen Garbenbindens erinnern und der abertausend stechenden Disteln. Und wem der Heuduft der ehemaligen Blühwiesen fehlt - Welten liegen zwischen ihm und dem Geruch heutigen Grasheus -, der sollte stundenlang in glühender Sonne Heu von Hand gewendet und ebenso lange unter die Dachsparren immer zu kleiner Scheunen gestampft haben. Und wer die alten Häuser beklagt, sollte sich des Wintertags in der Schüssel gefrorenen Waschwassers erinnern.

Und wer die fehlende Kuh im kleinen Stall vermißt, der sollte einmal frühmorgens und abends eine oder mehrere von Hand gemolken und gemistet haben, und zwar nicht nur einmal, sondern täglich, wirklich jeden Tag - auch Heiligabend. Und er sollte wissen, wie es ist, mit Mann und Maus von dreien oder viere solcher Tiere und ein paar Morgen steinigem Acker leben zu müssen.

Und dann sollte er sich fragen: Will ich das wirklich oder möchte ich nur hin und wieder stauend diese verlorene Welt als Museum betreten?

Ich für meinen Teil weiß es nicht, die Bilder der Jugendheimat brennen mir mitunter schmerzhaft in der Seele. Die Erinnerung aller Mühsale ist verblaßt; ich habe sie selbst nur noch in kleinen Proben erleben müssen. Aber vielleicht ist es gut, daß sich die Frage der Entscheidung nicht stellt, sich nicht mehr stellen kann.

Kehren wir in die heutige Wirklichkeit zurück: Heimat kann nicht Leben in einem Museum sein, Heimat ist nicht Lebensmuseum. Und Heimatpflege kann nicht allein nostalgisch verbrämte Konservierung sein, sie würde zwangsläufig scheitern. Wirtschaft und Verkehr, Handel und Wandel bleiben in stetiger Bewegung und Entwicklung.

Aber Heimatpflege kann und muß den behutsameren Umgang mit Gewachsenem fordern und fördern. Die Zeiten des Glaubens an einen uneingeschränkten Fortschritt scheinen - gottlob - vorbei zu sein, weil vieles als Fortschritt erschien, was sich als kultureller Rückschritt erwies.

...

Auch ich habe lernen müssen, daß Heimat nicht mehr ein auf die Vergangenheit gerichtetes, verklärtes Gefühl sein kann, das nur noch in Relikten in die Gegenwart hineinragt, sondern eine anzustrebende Ordnung einer Landschaft oder Gemeinde zur Steigerung von Heimatgefühl als Lebensqualität mit beiden Blickrichtungen: in die Vergangenheit und aus der Gegenwart in die Zukunft. ...

Wenn man selber Heimat hat, ist neben ihrer Pflege, Erhaltung und Weiterentwicklung das Wichtigste, daß man bereit ist, auch Heimat zu geben. Heimat zu geben denen, die zwangsläufig

fig in unsere Heimat kommen und hier leben müssen - nicht weil es ihre Wahlheimat ist, sondern weil es Zeitläufe und berufliche Zwänge so gebracht haben. Dies gilt in außergewöhnlichem Umfang gerade in unserer Region, allerdings einer Region, die damit eine reiche, über 2.000 Jahre alte Erfahrung hat.

Heimat kann man nicht leben, wenn man nicht versucht, alle Menschen, die in ihr leben, mit einzubeziehen, - Heimat bleibe ein unwirklicher Torso. Dieses Vermächtnis eines rheinischen Europäers betrachte ich als Verpflichtung, und das ganz besonders über den heutigen Tag hinaus.<<

06.11.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. November 1998: >>>Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."

Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...

Tags zuvor hatte ihr polnischer Vorstand wirkliche Entschädigungen von 10.000 statt 700 Mark pro Opfer gefordert, wie Deutschland die westeuropäischen Zwangsarbeitern nach dem Krieg gezahlt habe. "Wir wollen der neuen Regierung eine Chance geben, die Sache zu regeln. Falls das nicht zustande kommt, werden wir zeigen, wie die Moral dieser linken Regierung aussieht", sagte der stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Jan Parys.

"Bevor es zu irgendwelchen Umarmungen kommt zwischen Politikern, muß diese Sache geregelt werden. Viele Polen finden, Deutschland behandle Polen nicht wie ein Anwalt, sondern wie Kain den Abel."

Doch auch in dieser Frage gibt es von Schröder keine konkreten Zusagen.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Nun einige Worte über die Äußerungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 1. August (2004) in Warschau.

Der Opfer des Warschauer Aufstandes von 1944 zu gedenken ist eine gerechte Sache. Wir sollen aller Opfer mit Ehrfurcht gedenken. Bundeskanzler Schröder hat aber Dinge in Warschau gesagt, die ich als Professor des Völkerrechts und als Nicht-Deutscher überhaupt nicht verstehen kann. Er sagte: "Die Bundesregierung wird die Ansprüche der deutschen Vertriebenen auf Wiedergutmachung - gemeint sind die juristischen Schritte der Preußischen Treuhänder - entgegenzutreten und dies auch vor jedem internationalen Gericht deutlich machen."

Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.

Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist

eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.

Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutsche Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat.

Professor Dieter Blumenwitz der Universität Würzburg kommentierte neulich, daß wenn der Eigentumsbesitz eines deutschen Bürgers von einem ausländischen Staat bedroht sei, müsse die Bundesregierung ihm diplomatischen Schutz gewähren. Falls Bundeskanzler Schröders Äußerungen eine juristische und nicht nur eine politische Wirkung entfalten sollten, könnte eine Verletzung dieser Pflicht vorliegen. Außerdem dürfte nach Artikel 14, Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes, die Bundesregierung in die Eigentumsposition eines Bürgers nur eingreifen, wenn sie selbst eine Entschädigung anbiete.

Dies steht natürlich dem deutschen Finanzminister als Alternative frei. Das Lastenausgleichsgesetz vom 1949 steht keineswegs im Wege, denn es heißt in der Präambel des Gesetzes, es sei beschlossen worden "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt", daß die Annahme dieser Leistungen "keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet, und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistungen enthalten." ...

"Zwei andere Fragen von fundamentaler Bedeutung werden durch die Kanzler Äußerungen aufgeworfen:

Erstens, wenn die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, wobei zwei Millionen ihr Leben verloren haben, kein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, was war sie dann?

Zweitens, wenn anderen Opfern Rückkehrrecht und Restitution gewährt wird, nach welchem Recht und nach welcher Moral kann man die Deutschen anders behandeln?

Beide Fragen sind vom Prinzip der Gleichheit und vom Prinzip der gemeinsamen menschlicher Würde untrennbar. Man kann den Deutschen Vertriebenen eine Wiedergutmachung nicht verweigern, ohne dabei eine völkerrechtswidrige Diskriminierung zu begehen." ...<<

14.11.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. November 1998: >>**Japan: Frieden mit Rußland**

Rußland und Japan haben ungeachtet des Streits über die Süd-Kurilen ihren Willen zum Abschluß eines Friedensvertrages bis zum Jahr 2000 bekräftigt.

Eine entsprechende Erklärung unterzeichneten der russische Präsident Boris Jelzin und der japanische Ministerpräsident Keizo Obuchi am Freitag in Moskau.<<

19.11.1998

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 19. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Es scheint, als hätte Martin Walser zur Verleihung des Friedenspreises zwei Reden gehalten: eine, die Ignatz Bubis gehört hat, und eine, die zum Beispiel ich gelesen habe.

Ich habe gelesen, daß Walser öffentlich darüber nachgedacht hat, wie die Erinnerung an das, was er unsere Schande nennt, vor Mißbrauch und Instrumentalisierung bewahrt werden kann;

wie wir, da wir mit dieser Erinnerung leben müssen, mit ihr auch leben können; wie wir, statt die Erinnerung als Bedrohung oder Nötigung zu empfinden, sie als einen Weg der Erkenntnis nutzen können.

Von der Neigung des Menschen zu verdrängen, was er nicht ertragen und nicht verändern kann, hat er gesprochen. Er hat nicht zum Verdrängen aufgefordert, sondern zu einem Umgang mit der Geschichte, der das Verdrängen nicht herausfordert und das Erinnern nicht zu ritualisierten Lippenbekenntnissen degradiert.

Als ich Walsers Rede las, habe ich an eine andere Rede gedacht, an seine Rede aus dem Jahr 1988, in der er sich mit der deutschen Teilung nicht abfinden wollte und auf einer Normalität beharrte, die ihm erlaubt hätte, in Dresden und Leipzig ins Theater zu gehen wie in München oder Hamburg. Ich war ihm damals dankbar und bewunderte seinen Mut, denn Mut hat er, wie die maßlosen Attacken gegen ihn bewiesen, wirklich gebraucht. Mut hat er auch diesmal gebraucht.

Ich nehme an, Walser empfindet inniger für die Nation als ich, was, wie ich glaube, eher mit der geographischen Herkunft, der Biographie und dem Naturell zu tun hat als mit politischer Gesinnung. Aber steht ein nationales Empfinden, solange es kein nationalistisches ist, wirklich der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus im Wege?

Bubis bemängelt, daß Walser von "unserer Schande" und nicht von Verbrechen spricht. Die Verbrechen hat Walser nicht begangen, aber er nimmt die Schande an, die sie ihm hinterlassen haben, eben weil er nationaler empfindet als andere.

Ich hingegen kann weder denken noch fühlen, daß junge Deutsche an der Schande ihrer Nation tragen müssen, für mich sind junge Deutsche sowenig belastet und zugleich über das Menschenmögliche so warnend belehrt wie junge Dänen und junge Franzosen.

Ich kann in Walsers Bedürfnis, vom gegenwärtigen Deutschland als einer normalen Gesellschaft zu sprechen, keinen Frevel erkennen. Für die anderen Völker werden wir auf lange Zeit kein normales Land sein. Aber wie wollen wir sie von unserer Normalität überzeugen, wenn wir uns selbst den Anspruch darauf versagen?

Man muß Walsers Ansichten, Gefühle und Folgerungen nicht teilen. Über jeden Satz kann gestritten werden. Aber er muß sagen dürfen, was er gesagt hat, ohne als geistiger Brandstifter und verkappter Antisemit bezeichnet zu werden. Zum Erinnern kann niemand gezwungen werden, man muß sich erinnern wollen.

Walser hat, gleichsam in einem Selbstversuch, gezeigt, was die Erinnerungsbereitschaft blockieren kann. Ich verstehe, wenn das die Opfer der Verbrechen beunruhigt, aber sie stehen nur noch selten den Tätern gegenüber, sondern deren Kindern und Kindeskindern, die sich eigener Taten nicht schämen müssen und deren Bereitschaft, sich zu erinnern, nicht mit dem Hinweis auf Schuld eingefordert werden kann. Sie müssen verstehen wollen, auch zum Verständnis kann niemand gezwungen werden.

Vielleicht hat Walser für die tätige Erinnerung mehr getan als die Tabubewahrer. Wenn diese Rede ausreicht, um sein Lebenswerk zu ignorieren und seine Integrität in Frage zu stellen, wenn Walsers Rede, weil sie sich nicht an eine tabuisierte Sprache hält, vor keinem Mißverständnis und keiner demagogischen Interpretation, auch in dieser Zeitung, geschützt ist, dann war die Diskussion, die er entfacht hat, überfällig.

Er zittere vor Kühnheit, wenn er sage, Auschwitz eigne sich nicht dafür, Drohgebärde zu werden, gestand Walser in Frankfurt.

Auch ich zittere ein wenig, jetzt, da ich ihn verteidige. Warum? Wo lebe ich, daß ich mich fürchte zu sagen, was ich denke?<<

21.11.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Streit um Walser-**

Rede zieht Kreise

Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...

Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.

Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...

Der SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi, früherer Bundesbildungsminister und Sohn des unter Hitler hingerichteten Widerstandskämpfers Hans von Dohnanyi hatte den verbitterten Bubis zu dem Kommentar "böseartig" verleitet, als er in einem Beitrag die jüdischen Bürger bat, sich doch einmal zu fragen, ob sie sich so viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 "nur" die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären.

Der deutsch-jüdische Historiker und Politologe Michael Wolffsohn, Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule in München, wirft Bubis vor, nach dem "Frontalangriff" auf Walser und anschließend auf Dohnanyi übers Ziel hinausgeschossen zu sein. ...

Altbundespräsident Richard von Weizsäcker schreibt in der FAZ zur Verteidigung des Friedenspreisträgers Walser: "Bei Martin Walser gibt es nicht den Schatten eines Versuchs, am Grauen von Auschwitz im allergeringsten herumzudeuteln." <<

30.11.1998

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (49/1998) berichtet am 30. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Total normal?**

Der Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis wühlt die Nation auf. Ist die Debatte über die "Dauerpräsentation" der Nazi-Verbrechen Auftakt für eine neue deutsche "Normalität" der Berliner Republik?

Das ist sie also, die neue deutsche Normalität: Über 53 Jahre nach der Befreiung der letzten Überlebenden von Auschwitz debattieren hochgeachtete liberale Persönlichkeiten plötzlich über die "Instrumentalisierung unserer Schande", über Erinnerung, Gewissen, den Zwang zum Wegschauen und eine "Moralkeule" namens Holocaust, ganz so, als sei Hitlers Terrorherrschaft eben erst zu Ende gegangen.

Seit Martin Walsers Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 11. Oktober tobt ein erbitterter öffentlicher Streit über den Umgang mit der jüngeren deutschen Geschichte, dessen Heftigkeit und Leidenschaft eher an 1968 als an 1998 denken läßt.

Ob Walser, Bubis oder Dohnanyi: gekränkte Seelen, verletzte Gefühle, Mißverständnisse allüberall. Und der Ton wird immer gereizter. Zuletzt forderte der hanseatische Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi, Sohn eines hingerichteten NS-Widerstandskämpfers, von Bubis gar "eine Aussprache vor dem vollständigen Zentralrat der Deutschen Juden" mit einem symptomatischen Fehler im Eifer des Gefechts: Der Name der Institution ist "Zentralrat der Juden in Deutschland". Das Gespräch, so entschied das Direktorium des Zentralrats, wird vorerst nicht stattfinden.

Schließlich schaltete sich auch noch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker ein: "Der Streit wird gefährlich", mahnte er, äußerte Verständnis für Bubis' Erregung und erinnerte daran, daß wir "gegen das ungeheuerliche Gewicht des geschehenen Verbrechens" nicht mit einem noch so verständlichen "Schutz unserer Verletzbarkeit" ankämen.

Neben dem Streit um das geplante Holocaust-Mahnmal ist diese, für viele Beobachter überraschend scharfe Auseinandersetzung die erste große Debatte im Vorschein jener "Berliner Republik", die eine neue Epoche in der deutschen Nachkriegsgeschichte einleiten soll. Der erste,

paradoxe Befund lautet: Die alten Gespenster kehren zurück.

Zugleich hat eine neue Generation die Regierungsmacht in Bonn übernommen, deren Verhältnis zur deutschen Vergangenheit abgeklärter, selbstverständlicher, souveräner zu sein scheint. Bundeskanzler Schröder, wie sein Außenminister Fischer Repräsentant der Revolte-Generation von '68, artikuliert einen ganz neuen Ton der deutschen Politik, der freilich nicht überall ohne Skepsis aufgenommen wird.

Da wünscht er sich etwa ein Holocaust-Denkmal, "wo man gerne hingeh", spricht von der Verteidigung deutscher Unternehmen gegen "unberechtigte", gleichsam globalisierte Ansprüche ehemaliger KZ-Zwangsarbeiter und bleibt dem Gedenken an den 80. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs in Frankreich "aus Termingründen" fern. Auch sein Antrittsbesuch in Moskau ließ jede historische Sentimentalität, etwa gegenüber der deutsch-russischen Tragödie dieses Jahrhunderts, vermissen. Geld brachte er schon gar nicht mit.

Schröders Umgang mit der Geschichte sei "nicht so verzagt", bestätigt Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye. Die europäischen Nachbarn sollten sich daran gewöhnen, "daß Deutschland sich nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren läßt". Ist das also schon die neue deutsche Unbefangenheit, der Schröder-Sound einer neuen "Normalität", die sich nicht mehr von "vergangenheitspolitischen Letztbegründungen", so der Soziologe Heinz Bude, fesseln lassen will? Kommt nun das Ende der Demut, Beginn einer "zweiten Befreiung" Deutschlands?

In seiner Regierungserklärung unter dem Motto "Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen" sprach der Kanzler vom "Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß", ein Wort, das seinem Vorgänger Kohl, der vor Verdun noch Hand in Hand mit dem französischen Staatspräsidenten der Weltkriegstoten gedacht hatte, von linken Kritikern als böse Verdrängung der Geschichte, als neue deutsche Großmannssucht angekreidet worden wäre.

Verkehrte Welt - nun werden verdächtig konservativ-patriotische Vokabeln wie "Selbstbewußtsein", "erwachsen" und "Nation" von regierenden Alt-68ern zur Definition der "Berliner Republik" in Anspruch genommen, die sie gestern noch den Nationalkonservativen der CDU vom Schlage eines Alfred Dregger um die Ohren gehauen haben. "Die selbstbewußte Nation" - so lautete der damals noch provozierende Titel eines 1994 erschienenen Sammelbandes der "Neuen Rechten" mit Autoren wie Heimo Schwillk, Ernst Nolte und Rainer Zitelmann.

Klingt so jetzt also die Coolness der "Neuen Mitte" ein knappes Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung - nationaler Interessenpragmatismus statt Kohlschem Geschichtspathos und dem moralischen Imperativ des immerwährenden Gedenkens an deutsche Schuld?

Der Streit um die Walser-Rede und Schröders Normalitätsrhetorik - beides markiert jedenfalls das Spannungsfeld deutscher Identität an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Und es kann ja sein, daß die eher zufällige Parallelität der Ereignisse tatsächlich einer höheren Dialektik der Geschichte gehorcht - Möglichkeit für einen neuen Anfang, der aber ohne die erinnernde Bewahrung der alten Schrecken nicht denkbar ist. Ein genaues und immer wieder neues Hinsehen, das jede Art von Fixierung, sei sie negativ oder positiv, überflüssig macht.

So wäre es denn die Chance einer "Berliner Republik", irgendwann wirklich ein "moralisch souveränes Bewußtsein" zu entwickeln, das "weder dem Zwang des Vergessens noch dem Zwang des Erinnerns erliegt", wie Thomas Assheuer in der "Zeit" formulierte.

Erst diese Haltung, die tatsächlich einem aufgeklärten nationalen Gedächtnis nahekäme, würde ein annähernd normales, nicht neurotisches Verhältnis zur jüngeren deutschen Vergangenheit und damit einen freieren Blick in die Zukunft erlauben.

Doch davon sind wir weit entfernt.

Immer noch beherrschen Reiz-Reaktionsmechanismen, Abwehrrituale, wohlfeile Bekenntnisse und dumme Selbstbezeichnungen die öffentliche Diskussion - und das, obwohl die wesent-

lichen historischen Fakten, jenseits kleiner, unbelehrbarer Minderheiten, völlig unumstritten sind. So schrieb der "Stern" jüngst in fetten Lettern: "Die Deutschen und ihre Vergangenheit - das ist eine Geschichte aus Verdrängung, Hochmut und der Unfähigkeit zu trauern": ein offensichtlich gedankenloser Unfug, der mit der Wirklichkeit der vergangenen Jahrzehnte so gut wie nichts zu tun hat.

Spätestens seit dem Auschwitz-Prozeß 1963 haben sich Millionen Deutsche mit der Nazi-Tyrannie und dem Völkermord an den Juden in oft schmerzhafter Weise auseinandergesetzt. Auch die Revolte von 1968 wäre ohne die scharfe und bittere Anklage gegen die damalige Vätergeneration der Frontsoldaten und Nazi-Mitläufer nicht denkbar gewesen, und selbst die Gründung der terroristischen "Rote Armee Fraktion" (RAF) war noch ein - verheerender - ideologisch bedingter Reflex auf das Trauma des Holocaust und das moralische Versagen einer ganzen Generation.

In seinem Filmepos "Die zweite Heimat" zeigte Regisseur Edgar Reitz in eindrucksvollen Szenen die ganze, manchmal ungerechte Wucht der Attacken gegen die Eltern, die freilich auch eine Reaktion auf die bleierne Verdrängung war, die viele Mütter und Väter zum Selbstschutz aufgebaut hatten.

Niemand kennt die Zahl der familiären Wortgefechte beim Sonntagsbraten zwischen Flensburg und Füssen, die notorischen Szenen der Vater-Sohn- und Mutter-Tochter-Zerwürfnisse überm aufgeschnittenen Rehrücken mit Kartoffelklößen - Millionen kleiner Dramen, in deren Verlauf die "Moralkeule" (Walser) beidseitig und vielhändig eingesetzt wurde: "Was habt ihr damals gemacht? Was habt ihr gesehen? Was habt ihr gewußt? Warum habt ihr geschwiegen?" fragten die einen. "Ihr habt ja keine Ahnung! Ihr habt leicht reden!" antworteten die anderen.

So heillos diese chaotischen Aussprachen meist endeten, so sehr haben sie doch jener mühsamen gegenseitigen Aufklärung gedient, die Deutschland verändert hat.

Der Generationenkonflikt - nicht nur - am Mittagstisch, die Mischung aus Protest und Selbstverteidigung, Lüge und Wahrheit, Gefühl und Härte war Teil jenes unbequemen, aber extrem realitätshaltigen Diskurses, der auf Dauer gegen die Tendenzen zur Verdrängung arbeitete, auch wenn er sie keineswegs besiegte. Oft hat sie sich nur verschoben. Aber er stärkte die Gegenkräfte.

Als 1979 die amerikanische Serie "Holocaust" lief, schwappte eine neue, diesmal stark medienbeeinflusste Woge von Erregung und Debatte durchs Land, die seitdem immer wieder neue Nahrung erhielt: ob durch Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" oder den Historikerstreit über die Vergleichbarkeit von Hitlers Holocaust und Stalins Gulag, durch beeindruckende Fernsehdokumentationen wie "Soldaten für Hitler" (ARD) und "Hitlers Helfer" (ZDF), den Streit über die provozierenden Thesen des Historikers Daniel Jonah Goldhagen ("Hitlers willige Vollstrecker") oder die heftig befahdete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht - ganz zu schweigen von den unzähligen, mehr oder weniger populärwissenschaftlichen Publikationen über fast sämtliche Aspekte des Geschehens zwischen 1933 und 1945.

In all diesen Jahren schien es, als rückten die Nazi-Verbrechen mit dem zeitlichen Abstand der Jahre immer näher, bedrängend nahe - Vergangenheit, die nicht vergeht. Längst und unvermeidlich war Auschwitz zur Chiffre geworden für den historisch einzigartigen, nahezu industriell vollzogenen Genozid, für das Jahrhundertverbrechen, den Zivilisationsbruch schlechthin. Und für eine nie wieder gutzumachende deutsche Schuld, die unentrinnbare Erbschaft einer Nation und ihrer Elite.

Immer neue Jahres- und Gedenktage erinnern daran. Die Worte der Gedenkredner ähneln und wiederholen sich, ja, sie nutzen sich ab. Da erscheint vieles floskelhaft, wie der Vollzug eines puren Rituals. All die Ermahnungen, ja nicht zu vergessen, was geschehen ist, mögen die Jüngeren abstumpfen, bei den Älteren metaphysische Phantomschmerzen und im übrigen jene

"Betroffenheit" auslösen, die wenig kostet, aber viel gute Gesinnung demonstriert.

Auschwitz und der Holocaust, so sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, wurden für viele Wohlmeinende und politische Gutmenschen eine Art "negativer Sinnstiftung", eine profane Erlösungsreligion als letzte Utopie ex negativo - andererseits eine billige Münze noch billigerer Vorwürfe gegenüber politischen Gegnern oder sonstwie Andersdenkenden.

An diesem Punkt muß man Walser recht geben: Ja, Auschwitz und der Holocaust sind vielerorts zu wohlfeilen Metaphern plattgeredet worden, zu argumentativem Kleingeld gepreßt. Es stimmt: Manche Intellektuelle versuchen, sich auf die Seite der Opfer der deutschen Geschichte zu schleichen, um als die besseren Deutschen dazustehen. Und es ist richtig, daß der Massenmord an den Juden immer wieder auch "instrumentalisiert" wird, um allerlei Unfug moralisch zu rechtfertigen, zum Beispiel die deutsche Teilung als Strafe für Auschwitz oder jenen deutschen Rassismus von links, der den unreflektierten Selbsthaß in der blinden Liebe alles Fremden und irgendwie Nichtdeutschen aufgehen läßt.

Freilich: Man kann recht haben und doch danebenliegen. Oft ist der Ton entscheidend, Stil, Auftritt und Haltung, auch Ort und Zeit. Schon der Ton war merkwürdig. Walsers Friedenspreisrede kam wie die Offenbarung einer lange gehegten, unterdrückten Mischung aus Meinung und Empfindung daher, fein gesponnen, doch auch verquält verquast, eindeutig und ambivalent zugleich. Keine Spur französischer clarté (Klarheit) oder englischer Prägnanz.

Hier sprach ein laokoonhaftes Ich, das scheinbar mit den Ungeheuern der Vergangenheit ringt, Goyas Schreckensbilder im Kopf, höchst gewissenhaft, fast pedantisch ins Innerste schauend, aber auch borniert, selbstbezogen, eitel, dabei triumphal, ein Gewissensriese in Dauernöten: Seht her, hier stehe ich und kann nicht anders!

Er sprach intim fast, sozusagen "zur Seite", doch zugleich in allergrößter Öffentlichkeit, authentisch betroffen, literarisch und politisch in einem Atemzug - ein "performativer Widerspruch" par excellence: Eine intime Beichte als Kapuzinerpredigt mit Fernseh-Live-Übertragung.

Er wollte nur für sich reden und konnte doch sicher sein, vielen, ja der großen Mehrheit nicht nur im Saale geradezu aus der Seele zu sprechen. Der große Beifall gab ihm recht und zeigte: Hier artikuliert sich gewiß keine kleine, tapfere Minderheit gegen den übermächtigen Mainstream politischer Korrektheit, hier bricht sich ein Gefühl Bahn, das nur noch ausgesprochen werden mußte.

Dabei brach Walsers Sonntagsrede Tabus, die längst keine mehr sind: Das Berliner Holocaust-Mahnmal - ein "fußballfeldgroßer Alptraum". Wie oft haben wir das gelesen? Der Historiker Michael Wolffsohn warnt seit langem davor, bei jeder noch so wichtigen Gelegenheit die "Auschwitzkeule" zu schwingen, und die schöne Formel von der "Banalität des Guten", die Walser aus dem Hut zauberte, wurde von dem Hannah-Arendt-Bewunderer Eike Geisel geprägt.

Wenn Walser fast schon kokett mitteilt, immer wieder "wegschauen" zu müssen, und dies auch noch quantifiziert - "bestimmt schon zwanzigmal" -, wenn er bekennt: "Auch im Wegdenken bin ich geübt" und die "Dauerpräsentation unserer Schande" anprangert, dann fragt sich, wer ihn eigentlich mit alledem belästigt dort unten am schilfumrankten Bodensee, wer ihn zwingt und bedrängt - wenn nicht er selbst und sein eigenes Gewissen.

Auch sein Fernsehapparat wird eine Fernbedienung besitzen, und wenn im ZDF Guido Knopps Serie "Hitlers Krieger" läuft, ein Film über Anne Frank oder irgendeine Dokumentation mit alten Wochenschau-Bildern aus Bergen-Belsen, dann reicht ein Knopfdruck, um zur satirischen Sat-1-"Wochenshow", "Veronas Welt" oder Rudi Carrells "7 Tage, 7 Köpfe" zu gelangen. Nebenher: Ist hier nicht eher jene Abstumpfung das Problem als schmerzhaft aufwühlende Erinnerung? Und: Wo bleibt bei alledem das intellektuelle Vermögen der Abstrakti-

on, ohne das Verstehen sowieso nicht möglich ist?

Walters deutsche Klage zeigt: Man kann auch die Individualisierung der Erinnerung und des Gewissens wie der "Schande" zum Ritual der Selbstinszenierung eines großen, fast poetisch leidenden Ich überhöhen, das sich scheinbar vor dem Ansturm des moralischen Trommelfeuers heroisch ducken muß, um sein eigenes Recht, sein Recht auf die Privatheit des Gewissens zu behaupten.

Doch seltsam, all die "Gewissenswarte der Nation", die "Meinungssoldaten", die "mit vorgehaltener Moralpistole den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen" - sind das nicht eher Figuren aus den siebziger Jahren, als Walser selbst der DKP nahestand und ziemlich genau wußte, wie man Agitation für den Weltfrieden betreibt?

Die heftigen ideologischen Großdebatten jedenfalls sind mit der allmählichen Auflösung der politischen Lager seit 1989 längst auf dem Rückzug, und so nimmt sich auch der historische Augenblick der Walterschen Intervention eigenartig anachronistisch aus. Welche Furien des ritualisierten, zwanghaften Erinnerns an die Nazi-Greuel verfolgen ihn denn in unseren Tagen der selbstreferentiellen Massenmedien, da Verona Feldbusch und Harald Schmidt den fröhlichen Zeitgeist der Nation prägen?

Und wie sieht sie aus, jene "Dauerpräsentation unserer Schande" im Alltag von Martin Walser, in unser aller täglichem Leben zwischen Monica Lewinsky, Saddam Hussein und der rot-grünen Steuerreform?

Auch die vielfältigen Reaktionen auf Walser, ob zustimmend oder ablehnend, lieferten kein Anschauungsmaterial zu seiner These, keine Beweismittel für etwaigen Psychoterror, Hinschauzwang oder Diskursverbote und so auch keine Anhaltspunkte dafür, daß das "Wegschauen" angesichts der "Dauerpräsentation unserer Schande" zur neuen Bürgertugend der "Berliner Republik" erhoben werden müßte.

Selbst entschiedene Walser-Verteidiger wie Klaus von Dohnanyi und Monika Maron wollten nur des Dichters Warnung vor "bequemer Routine" beim Gedenken, vor "ritualisierten Lippenbekenntnissen" und Auschwitz als "Drohgebärde" gehört haben, nicht aber jenen zumindest mißverständlichen Tonfall des Überdrusses an den Bildern der Vergangenheit selbst, die der empfindsamen deutschen Seele zusetzen.

Ist also diese "notwendige Klage eines gewissenhaften nichtjüdischen Deutschen über das schwierige Schicksal, heute ein solcher Deutscher zu sein" (Dohnanyi), mehr als ein halbes Jahrhundert danach nicht auch ein bißchen wehleidig, am Ende eher eine unbewußte Selbstanklage, die den Weg der Freudschen Projektion einschlägt und Bedrängung von draußen vermutet, wo es eigentlich um Selbstbedrängung, um unbewältigte eigene Konflikte geht?

Auch Dohnanyis Stellungnahme in der "FAZ" mutet in diesem Zusammenhang höchst zwiespältig an. Auch er spricht, wengleich im Ton gelassener, vom "allzu häufigen Versuch anderer, aus unserem Gewissen eigene Vorteile zu schlagen. Es zu mißbrauchen, ja zu manipulieren".

Wen und was meint er damit? Die französische Diplomatie, Englands kommerzielle Fernsehstationen, Hollywood, amerikanische Anwälte von Holocaust-Opfern, holländische Fußballer, die Weltmeinung? Und weiter: Vorteile aus unserem Gewissen? Warum sagt er nicht, welche Vorteile und welche Nachteile er im Auge hat? Lassen wir Deutschen uns tatsächlich manipulieren und mißbrauchen? Wozu, mit welchen Folgen?

Noch ein weiteres befremdet. Dohnanyi schreibt: "Allerdings müßten sich natürlich auch die jüdischen Bürger in Deutschland fragen, ob sie sich so sehr viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 ,nur" die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären."

Richtig verstanden: Die wenigen jüdischen Überlebenden des Holocaust und ihre Kinder sollen jetzt auch noch in der deutschen Öffentlichkeit Rechenschaft darüber ablegen, "wie tapfer"

sie sich verhalten hätten, wenn ihre Eltern, Großeltern und Geschwister nicht gerade von den Deutschen erschlagen, erschossen und vergast worden wären. Die "taz" kommentierte zynisch böse: "Wie die Juden beim Holocaust beinahe mitgemacht hätten".

De gustibus non est disputandum. Aber keine Frage: Da ist Aggression im Spiel. Und ein Stück Absurdistan im Jahre 1998. Könnte es also sein, daß der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex recht hat, wenn er zum Verhältnis von Tätern und Opfern die polemisch-paradoxe Erklärung liefert: "Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen."

Das trotz aller Bekenntnisse zur historischen Verantwortung immer auch leicht Verdruckte und bloß Angedeutete in der Debatte, all die dunklen Hinweise auf Mißbrauch und Manipulation des deutschen Gewissens markieren den wunden Punkt: die anhaltende tiefe Kränkung jener Generationen von nichtjüdischen Deutschen, die das "Dritte Reich" noch bewußt, als Jugendliche oder junge Erwachsene, erlebt haben.

Da mischen sich Schuldgefühle und Verdrängung, Scham angesichts der Verbrechen und das Gefühl, persönlich völlig unschuldig zu sein, die Unfaßbarkeit des Geschehenen, das Empfinden, immer wieder unter Generalverdacht zu stehen, und der Wunsch, irgendwann einmal davon erlöst zu werden - eine Gemengelage aus objektiven und subjektiven Tatsachen, die wahrscheinlich wirklich nicht zu "bewältigen" ist.

Erst recht nicht für jene Juden, die wie Ignatz Bubis den Holocaust knapp überlebt haben, während die Familie vernichtet wurde. Viele Bücher sind über die Scham der jüdischen Überlebenden geschrieben worden, über die ganz eigene Not, den Schrecken zu verdrängen, das individuelle Leid zu mildern und doch nie davon abzulassen, die Erinnerung an die Shoah wachzuhalten. Man darf unterstellen, daß nicht viele Deutsche die literarischen oder historischen Berichte dieser lebenslangen Verletzung - von Primo Levi bis Ruth Klüger - gelesen haben.

Trotz dieser offensichtlichen und in diesen Tagen wieder spürbaren Unüberbrückbarkeit der biographischen Standorte, Gefühle und Gedanken zwischen Opfern und Tätern und ihren Nachkommen hat gerade der liberale Geschäftsmann Bubis das demokratische Deutschland in aller Welt verteidigt - ganz besonders in jenen prekären Zeiten nach der Wiedervereinigung 1990.

Obwohl sein Haus in Frankfurt am Main bis auf den heutigen Tag rund um die Uhr bewacht werden muß - übrigens genauso wie die Jüdische Schule, das Gemeindehaus und die Synagoge -, hat er selbst im Herbst 1992, als in Deutschland die Asylbewerberheime brannten, die Reife der deutschen Republik gegen Befürchtungen aus den eigenen Reihen verteidigt, man müsse vielleicht schon wieder ans Auswandern denken.

Bubis, der wie viele prominente Juden Tag für Tag antisemitische Drohbriefe erhält, ist, trotz seines überzogenen Urteils über Walsers Rede ("geistige Brandstiftung"), alles andere als ein Eiferer. Im SPIEGEL-Gespräch sagt er: "Wenn ich nach 1945 nicht verdrängt hätte, was geschehen war, hätte ich Selbstmord begangen. Aber die Geschichte holt einen wieder ein."

Normal jedenfalls ist an alldem gar nichts. Wer damit nicht leben kann, flüchtet in ewige Wahrheiten wie das Talmud-Zitat, das an jedem 9. November aufs neue strapaziert wird: "Das Geheimnis der Erlösung ist die Erinnerung."

Auch Ignatz Bubis hat am 9. November diesen Satz gesprochen. Doch nicht alles, was im Talmud steht, ist weise und realitätstauglich. Erinnerung führt nicht automatisch zur Erlösung. Erinnerung kann auch ein Fluch sein, vor allem, wenn Kollektive eine gemeinsame Geschichte haben, an die sie sich verschieden erinnern, wie es zwischen Deutschen und Juden, aber auch zwischen Israelis und Palästinensern der Fall ist. "Denn das Leiden stiftet ein gemeinsames Gedächtnis", schrieb Ulrich Raulff in der "FAZ", "die Schande aber zerstört es."

Während für Bubis allein in der Erinnerung an das Leiden ein Stückchen Erlösung liegt, bedeutet Walsers Erinnerung an die Schande die Fortdauer einer unauflösbaren Spannung. Das

Drama kennt kein Happy-End. "Sie sind verletzbar und wollen Ihren Seelenfrieden haben", schrieb Bubis an Dohnanyi. "Damit kann ich nicht dienen."

Und dennoch - es gibt so etwas wie eine langsam wachsende Normalität in Deutschland, auch im Verhältnis zu seiner Vergangenheit. Eine neue Generation der 40- bis 50jährigen repräsentiert sie bereits. Sie stellt die Bundesregierung, sitzt in den Chefredaktionen der großen Medien, leitet Theater, Universitäten, Weltkonzerne.

Sie nimmt tatsächlich, ob sie will oder nicht, und ganz unverdient Kohls "Gnade der späten Geburt" in Anspruch. Und sie dankt dem Himmel, daß sie an keiner Ostfront gekämpft hat, in deren Rücken die Genickschußkommandos der SS-Einsatzgruppen wüteten. Aber: Sie hat sich mit dieser Geschichte immerhin auseinandergesetzt.

Es ist deshalb kein Wunder, daß sie sich jetzt freier, ja souveräner fühlen kann als ihre Vorgänger. Das aber ist nicht zuletzt Folge der öffentlichen Konfrontation mit anderen Haltungen, Erfahrungen, Biographien - Konsequenz jener politischen Auseinandersetzungen, die mit der heute etwas altertümlich klingenden linken These begannen, daß das Politische privat sei und das Private politisch.

Aber es stimmt ja: Wenn das Gewissen des einzelnen sich zur Handlung gedrängt sieht, dann muß es auch aus sich herausgehen, sich öffentlich artikulieren, streiten und kämpfen. Genau dies postulierten Rudi Dutschke & Co. an Weihnachten 1967, als sie in der Berliner Gedächtniskirche den Gottesdienst zur Protestveranstaltung gegen den Vietnamkrieg und die Napalmbomben der US-Streitkräfte umfunktionierten.

Trotz der windungsreichen Irrtumsgeschichte der 68er: Da hatten sie recht. Erinnerung und Gewissen sind individuell, aber wenn sie dem Kantischen Imperativ folgen wollen, werden sie Teil der sozialen Gemeinschaft, das Gewissen der Gesellschaft. Ihr Versagen machte die Katastrophe des Nationalsozialismus erst möglich.

Die "Berliner Republik" hat einen - auch ganz unverdienten - Startvorteil: Ihre unmittelbare Vorgeschichte sind 50 Jahre Bundesrepublik, 50 Jahre teils hart umkämpfte demokratische Tradition, die sich mit dem antifaschistischen, aber auch dem antitotalitären Erbe der DDR verbindet. Der neue, 50 Jahre alte Außenminister Joschka Fischer ist nicht zufällig so etwas wie ihr nahezu idealtypischer inoffizieller Repräsentant.

Denn seine Lebensgeschichte voller Brüche und Wendungen ist auch die Geschichte einer Generation, die ihre antiautoritäre Staatsfeindschaft überwunden hat, ohne in autoritäre Staatsgläubigkeit zu verfallen - deren linksradikaler Antifaschismus im Bewußtsein von der Kostbarkeit einer zivilen Gesellschaft aufging.

So hat sie sich auf Ab- und Umwegen die westliche Demokratie angeeignet, hier und da mit neuen, partizipatorischen Elementen angereichert.

Nur von dieser Normalität eines demokratischen Deutschland kann die Rede sein. Doch sie entsteht nicht durch ihre ständige Beschwörung - dies wäre ein Zeichen von Unnormalität -, sondern dadurch, daß das klare Bewußtsein von dem, was war, sich in der Gegenwart ganz selbstverständlich niederschlägt: in der immer wieder gefährdeten Souveränität, zugleich moralisch und vernünftig zu handeln.

"Die Deutschen sind jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft wie jede andere", sagte der israelische Historiker Saul Friedländer vergangene Woche in seiner Dankesrede zum "Geschwister-Scholl-Preis". Aber: "Ist eine normale Gesellschaft eine Gesellschaft ohne Erinnerung, eine, die sich der Trauer entzieht, eine, die sich von der eigenen Vergangenheit abwendet, um nur noch in Gegenwart und Zukunft zu leben?"

Im besten Falle also wäre der Walser/Bubis-Streit das schrille Fanal gewesen, das den Übergang in die Berliner Republik begleitet.<<

03.12.1998

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Dezember 1998 über die Ho-

locaust-Konferenz in Washington: >>>**Es geht auch um viel Geld**

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington.

... Elie Wiesel Jahrgang 1928, geboren in einem rumänischen Dorf, Kind armer, orthodox jüdischer Eltern, Friedensnobelpreisträger, ist ein Überlebender der Judenverfolgung. Er ist einer derjenigen, deren Schicksal im Mittelpunkt der Konferenz in der amerikanischen Hauptstadt steht. Geht es dort doch darum, Überlebenden späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, "Brücken zwischen Brutalität und Menschlichkeit zu bauen", wie Stuart Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, über die Beratungen sagt.

Eizenstats Chefin Madeleine Albright beeindruckt die Zuhörer, als sie berichtet, wie schmerzhaft es für sie einst gewesen sei, ihre jüdischen Wurzeln in der Tschechoslowakei wiederzuentdecken. "Ich denke jetzt oft an das Blut in meinen Adern. Es sollte keine Rolle spielen. Aber für Hitler spielte es eine Rolle und deshalb starben sechs Millionen Juden."

So zynisch es angesichts des unsagbaren menschlichen Leids erscheinen mag: In Washington geht es auch und nicht zuletzt um viel Geld, um Kunstschatze, Versicherungspolizen, um Häuser und Grundstücke. Um Werte, die jüdischen Familien und Gemeinden gehört haben; sie sind enteignet und gestohlen sowie bis heute nicht zurückgegeben worden.

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat (Staatssekretär im US-Außenministerium) oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...

Die Deutschen und Österreicher sind froh, in Washington nicht an den Pranger gestellt zu werden. Wenn hier von Greueln die Rede ist, sind immer die "Nazis" die Täter. Und sollten auf der Konferenz klare Richtlinien für die Rückgabe gestohlener Kunstwerke formuliert werden, käme dies nicht zuletzt deutschen Museen zugute und zwar in ihrem Streit mit den russischen Behörden um einst aus der russischen Zone entführte Beutekunst.

Teilnehmer der Konferenz waren eingeladen, nach der feierlichen Tagungseröffnung das Holocaust-Museum zu besichtigen, durch einen Viehwaggon zu gehen, in dem Juden zusammengepfercht nach Auschwitz transportiert wurden, oder einen schnellen Blick auf die Fotos zu werfen, zum Beispiel von jenem kleingewachsenen Juden, der von deutschen KZ-Ärzten erstochen und zerlegt wurde, um sein außergewöhnliches Skelett einer medizinischen Sammlung zuführen zu können. Die Ärzte haben den "Vorgang" penibel dokumentiert.

Nur wenige Delegierte nahmen die Einladung an. Weit größer war der Andrang am Büfett.<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe (x169/13-15): >>... Obwohl meine Eltern bis zu ihrem Todestag die Vergangenheit jeden Tag aufs neue erlebten, verloren sie gegen Ende ihres Lebens das Interesse an dem Holocaust als öffentlichem Schauspiel.

Einer der lebenslangen Freunde meines Vaters war mit ihm gemeinsam Lagerinsasse in Auschwitz gewesen, ein scheinbar nicht korrumpierbarer Idealist vom linken Flügel, der die deutsche Entschädigungszahlung nach dem Krieg aus Prinzip ablehnte. Am Ende wurde er einer der Leiter der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

Zögernd und mit aufrichtiger Enttäuschung räumte mein Vater schließlich ein, daß selbst dieser Mann von der Holocaust-Industrie korrumpiert worden war und seine Überzeugungen angepaßt hatte an das, was Macht und Gewinn versprach.

Als die Darstellung des Holocaust immer absurdere Formen annahm, zitierte meine Mutter gern (und ironisch) Henry Ford: "Geschichte ist Quatsch."

Die Geschichten der "Überlebenden des Holocaust" - alle waren KZ-Insassen, alle Helden des Widerstands gewesen - bildeten zu Hause eine ganz besondere Quelle der Erheiterung. Vor langer Zeit hat John Stuart Mill erkannt, daß Wahrheiten, die nicht ständig hinterfragt werden, schließlich "nicht länger als Wahrheit wirken, weil sie durch Übertreibung zur Unwahrheit werden".

Meine Eltern fragten sich oft, weshalb mich Verfälschung und Ausbeutung des Völkermords der Nazis so empörten. Der Hauptgrund ist der: Man hat ihn dazu benutzt, die verwerfliche Politik des israelischen Staates und die amerikanische Unterstützung für diese Politik zu rechtfertigen. Doch es gibt auch ein persönliches Motiv. Ich Sorge mich um das Andenken an die Verfolgung meiner Familie. Die laufende Kampagne der Holocaust-Industrie, mit der im Namen "bedürftiger Opfer des Holocaust" Geld von Europa erpreßt werden soll, hat das moralische Format ihres Martyriums reduziert auf einen Einsatz im Casino von Monte Carlo.

Doch auch abgesehen von dieser Besorgnis: Wir sollten die Integrität der historischen Überlieferung bewahren, ja, für sie kämpfen.

... (Wir) können ... durch das Studium der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht nur etwas über "die Deutschen" oder "die Nichtjuden" erfahren, sondern über uns alle. Wenn wir jedoch wirklich etwas aus der Massenvernichtung der Juden "lernen" wollen, so muß, wie ich glaube, deren physische Dimension verkleinert und die moralische Dimension vergrößert werden. Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der

Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung.

Es ist schon seit langer Zeit überfällig, daß wir unser Herz für das Leiden der übrigen Menschheit öffnen. Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte "immer" Vergleiche an. Zweifellos muß man historische Unterschiede machen.

Doch wenn man moralisch zwischen "unseren" und den Leiden "jener" unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. "Man kann zwei Menschen im Elend nicht vergleichen", erklärte Plato, "und behaupten, der eine sei glücklicher als der andere."

Angesichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer. ...<<

04.12.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Dezember 1998: >>Russischer Kommunist fordert Zwangsarbeit

Der kommunistische Vorsitzende des russischen Parlaments, Gennadi Selesnjow, hat sich für die Wiedereinführung der Zwangsarbeit in Rußland ausgesprochen. Massenmörder und andere Schwerverbrecher müßten zur Zwangsarbeit verurteilt werden, "damit sie Gott jeden Tag um den Tod anflehen", zitierte die Nachrichtenagentur Interfax Selesnjow. Dann könne man die Todesstrafe in Rußland abschaffen.

Zugleich begrüßte Selesnjow die Empfehlung des von Kommunisten beherrschten Parlaments das Denkmal von Felix Dserschinski, Gründer des berüchtigten sowjetischen Geheimdienstes und KGB-Vorläufers Tscheka wieder aufzustellen.<<

08.12.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Dezember 1998: >>Keine Entschädigung für griechische NS-Opfer

Die griechischen Wünsche nach Wiedergutmachung für Nazi-Verbrechen sind auch bei der neuen Bundesregierung auf taube Ohren gestoßen. ...

Die Bundesregierung halte das Thema für abgeschlossen und sehe keine Möglichkeit, es wieder aufzunehmen. Nach griechischen Berechnungen belaufen sich die Entschädigungsforderungen jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in Griechenland auf rund 50 Milliarden Mark. Außerdem wird eine Anleihe von 25 Milliarden Mark zurückverlangt, die zu gewähren die Bank von Griechenland vom Deutschen Reich (NS-Regime) gezwungen worden war.<<

17.12.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Dezember 1998 über antisemitische Ausfälle führender Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands: >>Duma: Weiter Wirbel um Antisemitismus

Der Kreml hat die jüngsten antisemitischen Ausfälle führender Mitglieder der Kommunistischen Partei als schädlich für das Ansehen Rußlands im Ausland scharf kritisiert.

Auch der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, verurteilte am Mittwoch die Äußerungen des kommunistischen Duma-Abgeordneten Viktor Iljuchin. Trotz der Kritik der russischen Führung lehnte es die von Kommunisten beherrschte Duma aber ab, Iljuchin zu verurteilen.

Die wiederholten antisemitischen Äußerungen von KP-Mitgliedern bestätigten, daß es sich nicht um "Versprecher" oder einen "Zufall" handele, wie die Parteispitze es darstelle, sagte Kreml-Sprecher Dimitri Jakuschkin im russischen Fernsehen. Die Diskussion appelliere an "niedrigste menschliche Instinkte".<<

30.12.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Dezember 1998 über die

Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter

In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.

Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 30. Dezember 1998 über ein Gespräch mit dem unermüdlichen "Nazijäger" Simon Wiesenthal: >>Langer Kampf für das Recht

... "Das Wichtigste war es nicht, Hunderte von Leuten vor Gericht zu bringen, sondern gegen das Vergessen zu kämpfen." Er sagte das mit Blick auf die Zukunft: "Ich wünsche nämlich nicht, daß die Enkel mitmachen müssen, was ich mitgemacht habe." ...

Glaubt Wiesenthal, daß der Holocaust vergessen wird, wenn irgendwann auch die jüngsten unter Hitlers Helfern gestorben sein werden? ...

Nein, antwortet Wiesenthal: "Der Holocaust wird auch mit dem Generationswechsel nicht vergessen. Die Geschichte selbst wird an ihn erinnern. Schandflecke in der Geschichte haben ihr eigenes Leben."

Die heftige Debatte um Walsers Frankfurter Friedenspreisrede sei exemplarisch für das Umgehen mit dem Holocaust: "Es ist eben eine Rache der Geschichte, daß - wie Walser - viele Deutsche nicht wissen, wie sie damit fertig werden sollen, wie sie bei der Sache bleiben oder wie sie aus ihr herauskommen." ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Simon Wiesenthal (x051/644): >>Wiesenthal, Simon, geboren in Buczacz (Galizien, heute russisch) 31.12.1908, österreichischer Archivar; Architekt, 1941 von deutschen Sicherheitskräften verhaftet, danach in verschiedenen Gefängnissen und KZ.

Kurz vor Kriegsende befreiten US-Truppen das KZ Mauthausen, in dem Wiesenthal gefangen gehalten wurde. Er gründete in Linz 1947 ein Dokumentationszentrum über die nationalsozialistische Judenverfolgung, wanderte aber, enttäuscht über die geringe offizielle Unterstützung, 1954 nach Israel aus und trug wesentlich zur Aufspürung von Eichmann bei.

1962 kehrte Wiesenthal nach Österreich zurück und errichtete in Wien das "Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes", das v.a. durch Spenden finanziert wird und für über tausend Verfahren gegen nationalsozialistische Gewaltverbrecher Material lieferte. Mit der Beihilfe zur Ergreifung u.a. von Stangl, dem KZ-Kommandanten von Treblinka, oder gesuchten SS-Führern gelangen Wiesenthal weitere Erfolge. ...<<

31.12.1998

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 31. Dezember 1998 (x887/...):

>>1999 - ein Jahr ungewisser politischer Experimente

Das Volk als demokratischer Souverän hat den politischen Wechsel gewählt. Nun ist dieser Souverän verunsichert ob der Tragweite seiner Entscheidung. Diese Unsicherheit wurde auch nicht beseitigt durch die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Darin bezeichnet er die Regierung als eine "Generation", die aufgewachsen ist "in dem Aufbegehren gegen autoritäre Strukturen und im Ausprobieren neuer gesellschaftlicher und politischer Modelle".

Diese Phase des "Ausprobierens" erschwert den Blick in die Zukunft und verstärkt die Unsi-

cherheit. Wie sollen insbesondere wir Heimatvertriebene den altbekannten Satz interpretieren: "Wir wollen uns den Realitäten stellen und wieder einmal mehr Demokratie praktizieren." Oder die Aussage: "Die Rechte der Opfer von Verbrechen werden wir stärken."

Als Opfer und Überlebende der größten "ethnischen Säuberung" in der Geschichte der Menschheit haben wir den 1969er Wechsel noch schmerzhaft in Erinnerung. Unter der Maxime "Entspannung" wurden damals unsere Menschenrechte völlig ignoriert und auf dem Altar "Machtpolitik" geopfert. Dabei bedeutet Rechtsstaat "Herrschaft des Rechts". Alle Staatsorgane sind an das Recht gebunden, insbesondere das Völkerrecht wie die Grund- oder Menschenrechte. Wo immer auf der Erde Menschen leben, kommen ihnen bestimmte unveräußerliche Fundamentalrechte zu. Das ist für alle Rechtsstaaten spätestens seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 anerkannt.

Doch immer noch, mehr als 50 Jahre nach Kriegsende, kann von der Herrschaft des Rechts, von Gerechtigkeit und Frieden, keine Rede sein. Im Gegenteil, es zeigt sich, daß Unrecht und Eingriffe in elementare Menschenrechte immer noch praktiziert werden, auch in den "Rechtsstaaten". Doch sie verjähren nicht, solange die Entrechteten um Recht und Gerechtigkeit kämpfen.

Ein Beispiel: In den USA sind "Wiedergutmachungsklagen" gegen Staaten wie Unternehmen in Millionen-, ja Milliardenhöhe, an der Tagesordnung. Der US-Anwalt Ed Fagan begründet sie wie folgt: "Die Industrieunternehmen spielten eine wesentliche Rolle beim Holocaust. Sie bildeten und realisierten mit dem Nazi-Regime eine Verschwörung, um die Holocaust-Opfer bewußt zwangsweise zu verpflichten und auszubeuten und so vom Holocaust zu profitieren." Nach der "Nazigold-Konferenz" 1997 in London fand 1998 in Washington die "Holocaust-Vermögenskonferenz" statt. Wann kommt die "Vertreibungs-Vermögenskonferenz"?

Beflissentlich vergessen wird bei diesen Konferenzen, daß auf allen Seiten Opfer zu beklagen sind, die nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung "schreien" und an das moralische Weltgewissen appellieren. Mehr als 15 Millionen Deutsche flohen aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches und aus den Siedlungsgebieten der Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen oder wurden auf äußerst brutale Art und Weise vertrieben, wie die ungeheure Zahl von fast drei Millionen Vertreibungstoten zeigt. Ihren ganzen Besitz - Hab und Gut, Haus und Hof - mußten sie zurücklassen.

Mehr als zwei Millionen deutsche Soldaten und Zivildeportierte mußten in russischen Arbeitslagern Zwangsarbeit verrichten. Die meisten verhungerten, erfroren, wurden von Seuchen dahingerafft oder ermordet. Nur wenige Zehntausende wurden zum Teil erst zehn Jahre nach Kriegsende freigelassen. Es ist kein billiges Aufrechnen von Verbrechen, auch für diese Opfer Entschädigung zu fordern, sondern nur eine Gleichstellung. Denn Mord bleibt Mord, egal an wem, auf welche Art oder unter welchen Regimen auch immer er geschieht.

Nach György Konrad, Präsident der Berliner Akademie der Künste, gibt es kein höheres Interesse, durch das Vertreibungen und Deportationen zu rechtfertigen wären. "Kollektive Bestrafung und Verfolgung von Gemeinschaften, die notwendigerweise die Peinigung von ganzen Familien, Kindern, Frauen und Alten also, nach sich ziehen, können weder politisch noch religiös in irgendeiner Weise legitimiert werden. ... Jeder Deportierte, unabhängig von seiner nationalen, ethnischen, religiösen Zugehörigkeit, hat ein Recht auf - zumindest moralische - Wiedergutmachung."

Dies betonen zu müssen ist angesichts des 50. Jahrestages der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" 1948 durch die Vereinten Nationen eigentlich beschämend für die internationale Staatengemeinschaft. Dies besonders deswegen, weil der Satzung der Vereinten Nationen sowohl die Atlantik-Charta als auch das Nürnberger Statut zugrunde liegen. Den UN wurde die Kompetenz zugesprochen, sich mit der Förderung der Achtung der Menschenrechte zu befassen. Grundrechte gelten für alle Menschen, wie die Formulierungen "Jeder Mensch

hat das Recht auf ..." und "Niemand darf ..." deutlich zu erkennen geben. In Artikel 1 heißt es: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."

1999 jähren sich zum 50. Male erstens am 12. Mai die Bewilligung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure und zweitens am 23. Mai das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz ist als Provisorium für die Übergangszeit bis zur Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen worden. Nach dem Verständnis Konrad Adenauers war die Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich völkerrechtlich identisch. Hierzu Konrad Adenauer im ersten Band seiner "Erinnerungen":

"Die Deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Aber viele, darunter auch ich, waren der Auffassung, daß Deutschland damit nicht aufhörte, als völkerrechtliches Subjekt und Objekt weiterzubestehen. Die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, die am 7. und 8. Mai 1945 erfolgte, war ein militärischer Akt, durch den der völkerrechtliche Status Deutschlands nicht ausgelöscht wurde."

Das Haus Bundesrepublik Deutschland wird politisch völlig neu gestaltet, einer ungewissen gesellschaftsverändernden Revision unterzogen. Wie es eines Tages aussehen wird und welche Veränderungen wir verkraften müssen, das ist bisher nur schemenhaft zu erkennen. Was uns Heimatvertriebene betrifft, so hat die neue Bundesregierung die Menschenrechte zum Maßstab ihrer Politik erhoben. Doch geben wir uns keinen Illusionen hin. Die erste Abfuhr haben wir bereits erhalten.

Wir Heimatvertriebene haben offensichtlich keine Rechte, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joseph Fischer es bei ihren Antrittsbesuchen in Warschau klar und unmißverständlich zum Ausdruck brachten. Die Zukunft wird nicht mit Problemen der Vergangenheit belastet. Mit anderen Worten: Den Völkermord durch Vertreibung hat es "politisch" nicht gegeben.

Dabei bleibt unverständlich, daß gerade diejenigen, die der "Gleichheit" aller Menschen wie der "Einen Welt" das Wort reden, immer wieder vor der Macht kapitulieren, das unteilbare Recht für teilbar erklären und damit ganze, insbesondere eigene (!), Volksgruppen diskriminieren. Wer "ethnische Säuberungen" als Verbrechen gegen das Völkerrecht wie die Menschenrechte brandmarkt, muß auch die Vertreibung der Deutschen als Völkermord verurteilen und ahnden.

Da wir auf der bundesrepublikanischen politischen Bühne so gut wie keine Fürsprecher für unsere Anliegen haben, müssen wir uns lauter und noch vernehmlicher auf der internationalen Bühne äußern und mehr als bisher "global" nach Verbündeten und Mitstreitern für Recht und Gerechtigkeit suchen. Wir müssen über die Ostpreußen in aller Welt unsere Vertreibung und damit den Völkermord an mehr als 15 Millionen Deutschen als "Deutsche Shoah" in der Weltöffentlichkeit bewußt machen, die wie "Auschwitz" nach Sühne und Wiedergutmachung schreit.

Die Zeit arbeitet für uns, weil wir stets auf Gewalt und Rache verzichtet und unbeugsam für eine friedliche Zukunft in Europa unter der "Herrschaft des Rechts" gefochten haben. Nehmen wir uns ein Beispiel an den jüdischen "Mithristen".

Sie ruhen nicht und artikulieren über die Jewish Claim Conference ständig das an ihnen begangene Unrecht. Die individuellen Menschenrechte haben nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme sogar wieder an Stellenwert gewonnen. Hierzu haben auch sehr die blutigen Konflikte auf dem Balkan mit Massenflucht wie "ethnischer Säuberung" (Massenausreibung) beigetragen. Bei allen Friedensverhandlungen steht auf einmal die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge in die Heimat aufgrund des elementaren Rechts auf die angestammte Heimat im Mittelpunkt der internationalen Friedensbemühungen und Konfliktlösungsstrategien.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat am 13. Oktober 1998 eine Resolution verabschie-

det, mit der alle Staaten Mittel- und Osteuropas aufgefordert werden, Enteignungen aus der Zeit des Kommunismus und Nationalismus wiedergutzumachen.

Die Vertreibung liegt einzig und allein in der Verantwortung der handelnden Staaten. Das Potsdamer Abkommen hat die Vertreibung keineswegs befohlen, sondern dem Unrecht Völkermord nur tatenlos zugesehen. Selbst die Siegermächte konnten das Völkerrecht, insbesondere die Haager Landkriegsordnung von 1907, nicht außer Kraft setzen, zumal sie feststellten, daß das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht.

Unsere Beharrlichkeit und unser Kampf für die Durchsetzung der Menschenrechte haben exemplarischen Charakter, und zwar weltweit. In einem gemeinsamen Europa wird man die isolierte Diskriminierung der Deutschen nicht durchhalten können, soll der Grundsatz "gleiches Recht für alle" nicht vollends zur leeren Floskel degradiert werden. Wenn Europa keine Rechtsgemeinschaft wird, dann hat es keine friedliche Zukunft. Kämpfen wir also 1999 unbeirrt weiter für Recht und Gerechtigkeit, denn nichts ist verloren, außer man gibt es verloren.<<

Dezember 1998

BRD: Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im Dezember 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1998

(x853/...): >>Kirche, Zeitgeist und Geschichte

Die Dummheit rast durch die Welt

I.

Gerade heute sollten wir fühlen, daß die Probleme der Kirche mit dem Wissen und noch mehr mit dem Verstehen der Geschichte in einem engen Zusammenhang stehen. Die Menschwerdung Christi und damit die Existenz der Kirche kann man nicht außerhalb der Zeit und daher auch getrennt von der Geschichte sehen. Die Geschichte besteht aber nicht nur aus Daten und Fakten, sondern vor allem aus ihrem Verständnis und ihrer Auslegung. Dem Christen ist sie auch ein Stück zurückgelegten Weges zu den letzten Dingen.

Nun ist dem "reinen Historiker", der übrigens auch ein Ethiker sein muß und sich deshalb der Wahrheit (und nicht irgendeiner "These") wirklich verpflichtet fühlt, seine Arbeit in der heutigen Zeit unerhört erleichtert worden. Er hat nicht nur Forschungsmittel und Fernreisemöglichkeiten, die es für seine Ahnen nicht gegeben hat, er kann mit Hilfe verschiedenster moderner Naturwissenschaften materielle Feststellungen machen, die seinen Vorfahren nicht zustanden. Dafür aber scheint es heute andere, "geistige", sehr allgemein verbreitete Hindernisse zu geben, die er zu überwinden hat, um zu einem wohl ausgewogenen Urteil zu gelangen. Er muß sich zu einer "Überzeitlichkeit" durchringen. Immer wieder fühle ich mich dazu gedrängt, den Ausspruch Chestertons zu wiederholen:

"Die Kirche allein bewahrt uns vor der erniedrigenden Knechtschaft, ein Kind seiner Zeit zu sein", eine Bemerkung, die wiederum nicht von der Warnung St. Pauli getrennt werden kann: "Gleicht euch nicht dem Aion an (Römer 12,2)", wobei dieser Ausdruck mit "Welt", "Zeit" oder "Zeitgeist" übersetzt werden muß.

Nun sehen wir rückblickend in die Vergangenheit, die Gegenwart ist "augenblicklich" und die Zukunft kann man bestenfalls erraten, zu "konstruieren" versuchen, vielleicht sogar "seherisch" erfassen, wobei die Möglichkeit des Irrtums allerdings überaus groß ist. Falsche historische "Voraussagen" gibt es massenhaft und selbst bei den Richtigen besteht das Problem der zeitlichen Erfüllung.

Die große Schwierigkeit, der der katholische Christ in seiner "Kirchlichkeit" jedoch gegenübersteht, ist die Einwirkung des Zeitgeistes, der heute weitgehend glaubensfremd ist und ihm die menschliche Zwiefalt eindeutig darstellt. Das erste Buch Moses sagt ihm (Genesis 1,26), daß der Mensch als Gottes Ebenbild geschaffen wurde, es sagt ihm aber auch (Genesis 8,21), daß der Sinn des Menschen von seiner Kindheit an auf das Böse gerichtet sei.

Das aber verschweigt ihm die Moderne, die von der Ursünde nichts wissen will, und unbe-

dingt auch Satan kassieren möchte. Außerdem wird dem heutigen Menschen von allen Seiten zugeflüstert, daß es keine Ewige Seligkeit gebe und man das Tal der Tränen in das Paradies auf Erden "umorganisieren" kann. Das wäre vielleicht nicht immer sehr einfach, doch hilft uns da der "Fortschritt". Zwar gäbe es da auch manchmal Rückschläge, über die man hinwegsehen müsse (denn die erste Hälfte unseres Jahrhunderts war nicht sehr erfreulich), aber das Gute setzt sich automatisch dank des Fortschritts letztendlich eben doch durch.

Die Lebenserwartungen der Menschen steigen, die Medizinen werden zwar nicht billiger, aber doch besser, kranke Organe lassen sich ersetzen, die Zahl der Kinder, um die man sich mühen muß, wird kleiner, die Züge, Flugzeuge und Autos werden nicht unbedingt sicherer, aber schneller, zwar steigt die Kriminalität, und die Scheidungsrate (wodurch Kinder ihre autoritären Eltern zum Teil los werden), auch die Selbstmorde vermehren sich, doch in der EU wird niemand mehr hingerichtet, Diktaturen brechen zusammen, es steigen die Gehälter, aber immer weniger Leute bekommen Arbeit; denn diese übernehmen Roboter und Büromaschinen, die nicht ermüden und keine Sozialversicherung oder Karenzurlaube brauchen. Warum sich also ängstigen?

Kurioserweise ängstigt man sich aber doch, und damit der "Frustration", die Unzufriedenheit, der Unmut, die Verdrossenheit. Dies sind nur zu oft die Folgen eines sehr subjektiven Gefühls der Absurdität des Lebens, wie es der Atheist Sartre sehr logisch feststellte, für den auch die Geschichte eines jeden Menschen die eines Scheiterns war. Diese gottlose Verzweiflung soll man vergessen, denn der Fortschritt siegt doch auf der ganzen Linie.

Aber warum tut da die Kirche bei diesem Streben nach irdischem Glück nicht mit? Was hat sie gegen Sexshops, Priesterinnen und Schwulereien? Warum sagt sie immer wieder "Nein", kommt mit Warnungen, Einschränkungen und Verboten? Will sie da am Ende uns die Hoffnung an das irdische Paradies nehmen? Ohne Glauben an "die Menschheit" wären wir ja alle verloren, darum auch das endlose Gerede um die Menschenrechte und kein Wort über die Menschenpflichten. Es lebe die selbstverherrlichende Anthropolatry (gottähnliche Verehrung eines Menschen)! ...

II.

Das unmittelbare irdische Glück ist das große Anliegen der "Ibka", der guten Leute, die sagen: "Ich bin katholisch, aber". Dem wahren katholischen Christen, der noch dazu ein Kenner und Interpret der Geschichte ist, regt der Stand der Dinge nicht übermäßig auf, denn er weiß um die Vergänglichkeit ... außer er hat Kinder und Enkel, denen das Wissen und auch die dazugehörige Reife fehlen, um zur Gegenwart Distanz zu haben. Um seine Nachkommen muß er sich kümmern.

Der "Ibka" ist kein einfacher "Fall", denn er mag sowohl ein um die Kirche ehrlich besorgter Mensch sein (der zu jedem Opfer bereit ist) oder ein Randgläubiger, der es selbst nur bequemer haben möchte. Beide unterschreiben die "Kirchenvolksaufbegehren". Sie verbindet nur Eines: das fehlende Vertrauen in die Kirche und die Versprechungen Christi.

Den Mann (oder die Frau) aus der zweiten Gruppe, muß man erst einmal bekehren. Man muß ihn vom "Rand" zurückholen, vom Absturz retten. Den ehrlich "Besorgten" muß man in drei Richtungen "angehen" - in der Psychologie, der Theologie und der Geschichte. Und geschichtlich wieder mit Tatsachen und ihrer Auslegung, damit er ihre Lehren versteht. Das heißt aber auch, daß man ihm erklärt, wo er sich, in welcher Lage er sich befindet.

Ein geniales dreibändiges Buch eines verstorbenen Freundes hieß "Ortsbestimmung der Gegenwart". Und eine solche muß man dem Ibka geben, denn er weiß nicht, wo er sich geschichtlich aufhält und welche Faktoren auf ihn einwirken. Er ist eben "ein Kind seiner Zeit". Daher muß er vor allem einmal begreifen, was seine Zeit und der Zeitgeist darstellen und wie er sich von ihnen zu befreien hat. Das ist natürlich für jeden denkenden Menschen wichtig, vor allem aber für den Christen, der auch das Diktum Jacques Maritains kennt, daß die Welt

Gottes, des Menschen und des Teufels ist, den wir jetzt endlich auch mit dem letzten Wort des Vaterunsers erwähnen.

III.

Rückblickend sehen wir in der Geschichte die "Urzeit", die auch Abraham, den Vater des Volkes Israel erwähnt, die Inkarnation, das Frühchristentum, die Antike und ihren Untergang. Dann das Mittelalter und die lange Zeit, die es brauchte, bis unsere Vorväter das hohe Niveau der Antike wieder erreicht und die islamische Kultur und Zivilisation überflügelten hatten.

Dann kommt die Reformation als Reaktion auf die Renaissance und den christlichen Humanismus und der steile Aufstieg zu den Höhen des 17. und 18. Jahrhunderts, die unserer katholischen Welt ihr heutiges Profil gab. Doch ein entarteter Zweig des Humanismus, der in seiner Anthropotropie eine Welt ohne Gott schaffen will und über den Deismus in die Erste Aufklärung gleitete, brachte die Französische Revolution hervor, eine sadistische Sexorgie, in der Mütter mit ihren Kindern in Bäckeröfen langsam gebraten und andere ebenso scheußliche Untaten, zum Teil vom Marquis de Sade inspiriert, begangen wurden.

Es ist dieses grauenhafte Gift, das philosophisch, ideologisch, politisch und moralisch das ganze 19. Jahrhundert durchsetzt und zersetzt, bis es in der Form von riesigen Geschwüren auftrat, die da und dort in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Platzen kamen. Man mache sich jedoch keine Illusionen. Das Gift ist noch lange nicht ausgeschieden und das Ärgste mag immer noch kommen - selbst im Vereinten Europa, von den anderen Kontinenten ganz zu schweigen.

IV.

Was aber sahen wir im 19. und 20. Jahrhundert? Zuerst einmal das, was Jacob Durckhardt die "Schulerei" nannte, das allmähliche Ende des Analphabetentums und dann, unaufhörlich fortschreitend, die "Bildung" der Volksmassen, die aber freilich nur sehr graduell vonstatten gehen konnte. Das erbrachte einen Zustand, in dem nunmehr die Halbgebildeten die Viertelgebildeten führen und verführen.

Heute aber stehen wir schon mitten in der Krise des Schreibens und Druckens und vor der absoluten Herrschaft des Bildes im Verein mit dem gesprochenen Wort. Die Schrift mußte noch "geistig übertragen" und "übersetzt" werden, der Fernsehschirm mit dem begleitenden Laut überwältigt jedoch unmittelbar, nicht zuletzt weil es keinen Augenblick des Überlegens gönnt. Ernst Jünger berichtet von einem Gymnasiasten, der gestand, daß das Fernsehen doch viel "natürlicher" sei als das Lesen.

Soweit nun bei uns die Kenntnis der Geschichte bei den Vielen vorhanden ist, kommt sie von einer gesteuerten Elektronik vielleicht eher denn von der "Schulerei". Das Problem des geschichtlichen Denkens (und Planens) ist also größer geworden.

Nun aber ist unsere Regierungsform nicht etwa die "Volksherrschaft" (denn eine solche ist praktisch völlig ausgeschlossen), sondern das Dominium der Vertreter einer Mehrheit über eine Minderheit der Bevölkerung. Eine solche Herrschaft hat bedeutend mehr "Gewicht" als die einer Einzelperson, die übrigens durch ein Attentat, ein "facinus memorabile", leicht beseitigt werden kann. Böse Mehrheiten lassen sich nicht so leicht ausrotten".

Die Beschwerde des Aristoteles, daß in Athen nunmehr nicht mehr die Qualität, sondern die Quantität regiere, gilt auch für unsere Zeit. Da alle Bürger gleich sind, die Mehrheit herrscht, das Wissen aber nur von kleinen, wenn nicht kleinsten Minderheiten vertreten wird, leben wir in einem Zustand der umgestülpten Pyramide.

Die "Basis" regiert mit ihren Repräsentanten über die wirklichen Eliten. Unsere populäre und akklamierte Regierungsform, die sich auch dank des militärischen Sieges des "Westens" und der moralischen Niederlage der geographischen "Mitte" und des "Ostens" durchgesetzt hat, bildet ein ideologisches Faktum, das in alle erdenklichen Richtungen ausstrahlt.

Ein "Politikum" dringt mit seiner Botschaft in alle Lebensbezirke ein, was uns ja eigentlich

nicht überraschen sollte, denn eine Form der Herrschaft, die auf dem Konzept eines restlos "verpolitisierten Volkes" beruht, ist ja schon in ihrem Ansatz totalitär. In Tirol, wo ich lebe, wird genau so wie in Belgien der nichtwählende Bürger bestraft. (Schon in Athen war der politisch uninteressierte und untätige Bürger als "idiotes" eine Zielscheibe der Verachtung und des Spotts).

V.

Unter diesen Umständen - die Herrschaft der Massen ohne Wissen und nur mit zeitlich begrenzter Erfahrung rein gefühlsmäßig urteilend -, ist ein historisches Empfinden, Denken und Reflektieren nicht zu erwarten, denn (siehe das Motto am Anfang unseres Artikels) ein solches ist eben nur bei einem vom Geist beleuchteten Wissen um die Vergangenheit möglich.

Lernen kann man ja nur durch das Studium und die Erfahrung, nicht durch utopische Träume. (Die Tatsachen und die Daten sind bitter notwendig, aber sie allein genügen nicht). Vergessen wir da nicht zwei Warnungen: "Niemals können wir von der Geschichte Urlaub nehmen!" und "Wer die Geschichte ignoriert, wird dazu verdammt, sie zu wiederholen!"

Auch Disraeli erinnerte uns daran: "Finality is not the language of politics - Endgültigkeit ist nicht die Sprache der Politik"! Gewiß nicht, denn auch die Geschichte geht weiter, und daß sie weitergeht, kann nicht bestritten werden, wohl aber wie sie weitergeht: das ist die brennende Frage und weist auf unsere Verantwortung hin". Nichts Naturhaftes bleibt unverändert. Nur das Übernatürliche kann es sein.

Das heißt aber nicht, daß das Naturhaft-Natürliche nicht Regeln unterliegt, die wiederum einen übernatürlichen Charakter haben können. Deshalb besteht für uns, die in die Zukunft wandern, die Möglichkeit, aus der Vergangenheit, also aus der Geschichte zu lernen, und zwar nicht zuletzt aus dem, was in ihr dauernd wirkt oder auch wiederholt in Erscheinung tritt. Da haben wir zum Beispiel die Überzeugung von Plato, Aristoteles und Polybios, daß Monarchien sich über Aristokratien und Demokratien auf die Tyrannis hin entwickeln. Polybios nannte dies Anakyklosis, "Kreisbewegung".

Natürlich ist der zeitliche Rhythmus in verschiedenen Kulturen und Epochen nicht derselbe und auch auf dem Globus nicht synchronisch eingerichtet, doch in groben Zügen ist diese Gesetzlichkeit sehr wohl zu erkennen, deutlich so in den letzten 200 Jahren und ganz besonders in unserem Jahrhundert, wobei freilich längere, oft sogar sehr lange Perioden mit bloßen Übergangsperioden abwechseln oder auch gewisse Formen synthetisch zusammenfallen.

VI.

In einer solchen Synthese leben wir auch heute im Herzen Europas. Sie wird durch zwei Ideale bestimmt: durch die Freiheit und die Gleichheit, deren innere Widersprüchlichkeit unseren einfacheren Zeitgenossen in der Regel verborgen bleibt, denn geistlos plappern sie das programmatische Schlagwort der Französischen Revolution nach: "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit".

Die Gleichheit ist offensichtlich nur in der Sklaverei und durch Zwang möglich - nicht in Freiheit. Sie hat, wie wir schon einmal früher feststellten, keinen Platz im Neuen Testament, das R. L. Bruckberger OP eine Verkündigung menschlicher Ungleichheit genannt hat, denn vor allem sind wir ungleich vor Gott. (Ganz anders steht es um die Freiheit, von der der heilige Paulus sprach)!

Wenn wir eine gleichmäßige Gartenhecke haben wollen, müssen wir sie periodisch beschneiden, bei gleichen Noten in der Schule müßten die Dummen mit Gewehr im Anschlag bis Mitternacht büffeln und die Klugen mit Alkoholien traktiert und dauernd vor den Fernsehschirm gesetzt werden um zu verblöden.

Aber nicht nur der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit, auch die wachsende Ignoranz der Wähler als auch der Gewählten angesichts der steigenden Probleme einer Weltpolitik weist auf die Notwendigkeit einer radikalen Neuordnung hin, die sicherlich einmal kommen wird,

denn der Abgrund zwischen den Scita und den Scienda klafft stets weiter auf. Wir leben eben in einer Epoche, die eine geschichtliche, geographische, soziologische, volkpsychologische, politische, technische, agrarische, biologische und wohl nicht zuletzt finanzielle und wirtschaftliche Bildung globalen Charakters allseitig notwendig macht, ein Ziel, das aber offensichtlich gar nicht erreicht werden kann.

Unsere angeblich als so fortschrittlich gepriesenen Regierungsformen waren vielleicht für kleine Dorfgemeinschaften im Hochmittelalter ideal, nicht aber für Großstaaten (oder Großföderationen) im 20. und 21. Jahrhundert. Denken wir da an den musikalischen Clown in einem amerikanischen Wanderzirkus, der sich über den Golfkrieg den Kopf zerbrechen soll oder auch an die nette Kellnerin im Kaffeehaus, die über eine Reform der Einfuhrzölle befragt wird.

Und die Volksvertreter? Wer auf einem Motorrad fahren will, muß eine strenge Prüfung ablegen. Wer gewählt wird und vielleicht über das Wohl und Wehe von Millionen verfügt, braucht lediglich "vegetativ" ein bestimmtes Lebensalter erreicht zu haben.

Das ist natürlich auch nicht viel anders in jenen Ländern, die kein Listenwahlrecht haben, sondern rein in abgegrenzten Wahlkreisen für Kandidaten stimmen. So in England oder in den Vereinigten Staaten. Nun muß man sich stets daran erinnern, daß das Hauptziel der Parteien oder der Einzelkandidaten nicht das Wohl des Landes, sondern das Gewinnen der nächsten Wahl ist. Keine Mehrheit, keine Macht! Ihr werden auch Grundprinzipien erbarmungslos geopfert.

Nun aber hat bei der Personalwahl die Persönlichkeit des Kandidaten eine ausschlaggebende Bedeutung. Ist diese für die Vielen abstoßend oder anziehend? Da spielt in unserem Jahrhundert die Erotik (viel eher als die Sexualität) eine ausschlaggebende Rolle, und dies umsomehr als die große Mehrheit der Kandidaten männlichen und die der Wähler weiblichen Geschlechts ist. Da kommt dem "Applaus der Damen" eine ungeheurere Bedeutung zu. Hätten die Männer bei Gelegenheit auch dieselbe Schwäche? Zweifelsohne.

VII.

Gerade dank dieser Irrationalität der Wählereien, hatten wir ja auch zum Teil den Aufstieg und zeitweiligen Triumph von ideologischen Bewegungen und ideologisch ausgerichteten Tyrannen, die zwar "populistische" Ursprünge hatten, aber dann methodisch und ... (brutal) recht erfolgreich sich in Szene setzten.

Wir sagten "zum Teil", weil sie eine angebliche Sicherheit anstatt Freiheit versprachen, und Freiheit interessiert schöpferische Eliten viel eher als die Massen. Vergessen wir nicht, daß, wie wir schon sagten, die Sozialpyramide politisch umgestülpt wird und die breite "Basis" nun obenauf liegt. Totalitäre Parteien und Systeme triumphierten nach ihrem anfänglichen Aufstieg geschichtlich später nur deswegen nicht, weil ihre gottlosen Grundideen grundfalsch waren und sie innerhalb dieser buchstäblich Gefangene waren. Als die Darwinisten und die Marxisten sich im Herzen Polens mit ihren blutroten Fahnen trafen, hatte die "Moderne" einen großen Sieg errungen.

Beide Ideologien, die internationalsozialistische und die nationalsozialistische, haßten die Freiheit und mit der Freiheit die Ungleichheit als auch die Verschiedentlichkeit. In ihren Reichen sollte es nur Gleiche und Gleichartige geben. Das grausige Experiment mißlang. Die Braunen wurden im Kampf besiegt und die Roten gingen auf die banalste Weise in den finanziellen Bankrott wie eine Gemischtwarenhandlung an der nächsten Straßenecke. Ihre Ideologien waren "modern", das heißt: nichts wert.

Natürlich gehörten beide der extremen Linken an, sie waren ja nur Konkurrenten, nicht Feinde. Sie fanden in Europa ein jähes Ende ihrer Macht, was wir 1945 und 1989 (bezeichnenderweise fast zugleich mit der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution) erlebt haben. Das brachte uns einerseits ganz großes Leid, war andererseits sehr erfreulich für die ganze

Welt, hatte aber einen sehr üblen, vielleicht sogar fatalen "politpsychologischen" Nebeneffekt.

VIII.

Wieso das? Was wir 1945 und 1989 sahen, war der Sieg der Französischen über die Deutsche und Russische Revolution. Also scheint dem leider gar nicht so "mündigen" Bürger die Ordnung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit freien Wahlen, Mehrheitsherrschaft und Pressefreiheit das überlegene System, als die "Endstation" einer Entwicklung, das "Ende der Geschichte", das gegen "Extremisten" aller Art verteidigt werden müsse.

Es hatte sich ja so schön bewährt! Es ist also allen anderen Systemen faktisch überlegen! Es ist doch die ideologiöse "Mitte", die nur das Glück aller Menschen hier auf Erden im Auge hat, denn es ist reiner Humanismus! Da haben wir also eine Verehrung "des Menschen" und auch der "Menschheit" unter dem Banner der Toleranz.

Dieses Zauberwort hören wir aus allen Ecken und Enden. Unsere Ordnung mit ihren Wurzeln im Jahre 1789 soll, weil sie im Grunde die Richtige und die Wahre ist, erhalten und nur ausgebaut und verbessert werden, denn sie verspricht, wie die anderen totalitären Ideologien das Paradies auf Erden. Und das Paradies auf Erden macht ja die jenseitsbezogenen Religionen völlig überflüssig. Das Heil kommt nicht von Gott, den man im Notfall als "Obersten Architekten", für den Menschen unerreichbar, in Pension schicken kann, sondern das macht sich die Menschheit selbst.

Der Umstand, daß diese Auffassung irrational ist, stört die Massen nicht, denn das (stets kritische) Denken ist "elitär", das Fühlen aber ist völlig allgemein und eint uns auch mit dem Tierreich. Selbst Bettwanzen, Ohrwürmer und Blattläuse haben nicht nur Instinkte sondern auch Gefühle. Nur der Mensch denkt. Unser vorherrschendes politisches System ist jedoch rein hedonistisch und außerdem "amateuristisch". Es fußt weder auf Denken, noch auf Wissen, noch auf Erfahrung.

Hans-Hermann Hoppe, Professor an der Universität von Nevada, wies in einem brillanten Essay darauf hin, daß unsere politische Ordnung einen völlig infantilen Charakter angenommen hat. Das Kleinkind will alles sofort haben. Es kann nicht damit getröstet werden, daß es das Gewünschte später bekommt, vielleicht erst, wenn es erwachsen ist.

Die Monarchie hingegen kann in Dezennien, ja selbst in Generationen planen. Sie kann Geschichte statt bloße Politik ins Auge fassen. Und Monarchen können selbst vom Beginn an für ihren Beruf vorbereitet werden. Sie erben ihren Beruf, so wie es auch traditionell bei uns in Handwerkerfamilien stattfand. Der Vater war ein Schneider, so wurde es sein Sohn, so auch sein Enkel. Sie verfertigten Anzüge: schlechte, mittelmäßige oder gute.

Schuster, Philosophieprofessoren, Automechaniker, Advokaten oder Kanalräumer können hingegen überhaupt keine Anzüge produzieren. Europa erlebte bis zu 1789 eine Glanzzeit, es ging im 19. Jahrhundert durch eine innere Krise, 1918 und 1945 erfolgten die Abstürze. Heute aber sind unsere Völker "unhistorisch" geworden. Man sehe sich nur einmal die Wappen von Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien an. Und wenn man nicht mehr allein zu stehen vermag oder wagt, schließt man sich mit anderen zusammen. Das müssen Schwache tun. Und das geschieht auch jetzt.

IX.

Auf dem Rücken der amerikanischen Dollar-Note stehen Symbole und die Worte "Novus Ordo Seclorum" ("Neue Ordnung der Jahrhunderte"). Und damit tröstet sich der egalitäre Spieß, darauf baut er auch, richtet sich darin ein und ist bereit, mit allen Mitteln "Alternativen" dazu zu unterdrücken, zu verfolgen oder mundtot zu machen - wobei er allerdings mit der liberalen Komponente des Systems in einen innerlichen Konflikt gerät. Wer das PC-Prinzip nicht achtet, soll gefälligst den Mund halten. Man darf nicht vergessen: "majoritär" steht nahe zu "totalitär"!

Alles rein Irdische ist nun einmal vergänglich. Man kann lediglich die Feststellung machen,

daß verschiedene Phänomene langlebig und andere kurzlebig sind. Die Eintagsfliege lebt kürzer als der Elefant oder gewisse Schildkröten. Über den Tod zu reden, wirkt im Neuheidentum "obszön". Doch der christliche Rationalist weiß ganz genau, daß nach der "Moderne" eine andere Epoche kommt, und natürlich auch, daß die Demokratie keineswegs "modern" ist, sondern lediglich die Wiederbelebung einer Ordnung, die in Attika schon vor rund 2.400 Jahren militärisch und politisch bankrott war.

Politische Formen, historische Einrichtungen, kulturelle Epochen kommen und gehen. Hätte man freilich (mit unserem geschichtlichen Wissen) im Jahre 70 vor Christus einem Römer gesagt, daß seine Republik bald zu Ende gehen werde, wäre er beleidigt und entrüstet gewesen. (Wie stolz war er doch vom Senatus Populusque Romanus regiert zu werden)! Hätte man von diesem Gespräch einem seiner Nachfahren anno 250 A.D. berichtet, wäre der nur wenig erstaunt gewesen.

"Aber inzwischen würden wir sagen". "Inzwischen hat sich doch nichts geändert!" wäre seine Reaktion. "Senatus Populusque Romanus - diese Inschrift sieht man doch überall!" "Aber ihr habt doch Kaiser - Imperatoren!" "Imperator heißt General! Generäle gibt es auch in Republiken!" Doch zehn Jahre später ließ sich der "Imperator" - es war Diokletian - eine goldene Krone auf den Kopf setzen und verlangte, daß man vor ihm niederknie. Da endlich war es den Römern klar, daß ihre Republik vor 300 Jahren den Weg allen Fleisches gegangen war.

DAS KREUZ STEHT, ABER DIE WELT VERGEHT. Vergessen wir das nicht!

X.

Die einzige unzweifelhaft richtige Aussage über den Schreiber dieser Zeilen, die man machen kann, ist die, daß er sterben wird. Sogar bald. Doch der genaue Zeitpunkt bleibt in Gottes Hand. Unsere meisten Zeitgenossen können, beziehungsweise wollen nicht an das Ende unserer geschichtlichen Periode glauben, an der sie mit fast religiöser Überzeugung hängen.

Sie sind sogar überzeugt, daß sie ziemlich gerade ohne Abweichungen weitergehen, größere materielle Sicherheiten, eine längere Lebensdauer, eine bessere Gesundheit und weitere sexuelle Freiheiten bringen wird. Und wer diesen irdischen Optimismus in Frage stellt, wer die Tabus bricht, diese (anscheinend doch so unaufhaltbare) "Entwicklung" in Frage stellt, ist ein Störenfried. Wer am Glauben an den alles befreienden Fortschritt rüttelt, gehört zum Schweigen gebracht.

Nun ist doch gerade der materielle, der technische Fortschritt alles andere als befreiend, er bedingt nicht nur eine ganze Unmenge bürokratischer Vorschriften - man denke da nicht nur an die gesetzlichen Vorschriften, die sich vom Bau eines Automobils bis zum Augenblick erstrecken, da sich der Fahrer an das Lenkrad setzt, sondern auch an die Ängste, die uns von der hochentwickelten Chemie und der Physik bedrohen. Dazu kommen alle unsere neuen Abhängigkeiten. Wenn die Gänsefeder versagte, dann nahm man eine andere. Die Havarie im EDV-Gerät kann gleich eine kleine Tragödie hervorrufen. Die Technik bedeutet nicht immer Freiheit. Sie erfordert sogar die strikteste Disziplin.

Doch wer nicht "fortschrittlich" ist, an der Zweiten Aufklärung nicht teilnimmt, nicht mitglaubt und nicht mittut, dessen Überzeugungen nicht "zeitgemäß" und der die "Zeichen der Zeit" nicht wahrnimmt und sich nach ihnen richtet, der ist in der großen Agnostik ein Spielverderber, der muß den Mund halten, der Muß einfach weg. Das gilt von Einzelpersonen. Aber auch von ganzen Körperschaften.

XI.

Da gibt es die katholische Kirche. Sie "stört die Kreise". Eine führende Enzyklopädie, der Zweiten Aufklärung devot und ergeben, merzt unter neuer Leitung in ihrer letzten Ausgabe Denker aus, die dem Fortschritt "unbequem" sind, und schreibt von unserem Herrn und Heiland, daß er keine Kirche gegründet hat. Der "kleine Mann", der seine Weisheit aus diesen Bänden holt, ist nun endlich "aufgeklärt". Mit einer Mischung von Bestürzung und Erleichte-

rung nimmt er diese Botschaft auf, hat er nun doch ein Alibi, die Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen!

Da gibt es Leute außerhalb der Kirche, denen sie der Feind des "Fortschrittes" und damit des Paradieses auf Erden ist. Schon in der Ersten Aufklärung hörten wir das *Ecrasez l'Infame*. In allen möglichen Variationen hören wir das allerdings immer noch, manchmal leiser, manchmal lauter. Würden wir es nicht mehr hören, wäre ich sehr beunruhigt, denn Christus versprach uns, daß wir gehaßt und verfolgt werden. Eines aber erscheint mir auch sicher, daß Paulus in Rom vor seiner Enthauptung nicht die Menschenrechte zitiert oder die Christen im Kolosseum um mehr "Toleranz" gebettelt hatten.

Nein, unser Problem hier ist ein anderes. Es betrifft unsere lieben Progressisten im mystischen Leib Christi, die in ihrem Denken und Streben gleich zwei grobe Fehler begehen: sie wollen, um nicht unliebsam aufzufallen, sich nicht nur persönlich an den Zeitgeist angleichen, sondern auch die ewige, weltweite (katholische) Kirche lokal modernisieren und sie damit in geographischer Chronolatrie "provinzialisieren". Das haben allerdings schon die Entsteller des Zweiten Vatikanums getan, als sie in einem internationalen Zeitalter die Kirchensprache "nationalisierten".

Sehen wir zur Abwechslung einmal diese Haltung nicht von einem theologischen, sondern ganz banal von einem weltweiten, einem praktischen und psychologischen Standpunkt an, dessen sich ja unsere so sorgenvollen Papamäleone so oft rühmen, auch wenn sie sich einbilden, "die Kirche" und nicht nur ein "Publikum" zu sein. Was also würden ihre Kalkulationen eintragen? Schon allein das Fast-Monopol der "Volksprache" und der "Volksaltar" (die mich an die Volkspolizei und die Volksdemokratie erinnern) und keine Forderung des Zweiten Vatikanums sind, haben nicht zum Ansturm auf die Sonntagsmessen, pardon, Eucharistiefiern geführt.

Auch muß man in Betracht ziehen, daß rituelle Änderungen, die lokal gefordert werden, in einem globalen Zeitalter auf allerlei Schwierigkeiten stoßen, weil es in vielen Ländern nicht nur verschiedene Nationalitäten gibt, sondern auch weil unsere Mobilität gestiegen ist. Man reist in alle Richtungen und nicht jedermann ist polyglott (mehrsprachig). Dazu kommen Forderungen, die dem Zeitgeist entgegenkommen, aber unerfüllbar sind, weil sie der Heiligen Schrift wortwörtlich oder auch der Natur widersprechen. Es sind nun einmal fast alle Forderungen unserer Progressisten direkt oder indirekt vom Geist der Revolution von 1789 diktiert, haben also einen antichristlichen Charakter.

Doch wie würde es sich auf lange Sicht hin auswirken, wenn man anstatt die Barke Petri zu steuern, versuchte, sie einfach den Winden und Strömungen zu überlassen - und alle Moden mitmachen, um dadurch den Applaus des Publikums zu erringen.

Nein, die Kirche braucht einen Steuermann und muß, zwar zu allen Zeiten, besonders aber heute, gegen den Wind segeln. (Was aber mit Intelligenz und Eleganz, nicht spießig-verbissen getan werden soll). Das weiß natürlich der Geschichtsbewußte, der auch den Spruch des Tacitus kennt: "Tutpe est de proaervo nescire - Es ist eine Schande die Vorfahren zu ignorieren". Der "Futurist" aber kennt und respektiert die Ahnen und ihr Erbe nicht. Er ist in jeder Hinsicht wurzellos, und die nicht fest verwurzelte Pflanze kann jeder Wind umwerfen. Das sah man nur zu deutlich!

Doch selbst der moderne Mensch ist nicht nur ein Papamäleon. Er sucht, ob er es nun weiß oder nicht, auch den Abglanz der Ewigkeit hier auf Erden. Es tröstet ihn zu wissen, daß die Kirche sich eben nicht immer wie die Damen des Jet-Sets den jeweiligen Moden unterwirft. Seitdem schon die Erste Aufklärung das Werk der Reformatoren in ihr Gegenteil pervertierte, haben wir hier das erschreckende Beispiel einer Konfession, die immer "mit der Zeit" ging, während unsere Kirche – auch gerade im Mittelalter - mit den weltlichen Mächten und nicht nur mit Regierungen im Streit lag, dabei aber nie vergaß, daß der Herr uns versprach, bis zum

Ende der Welt bei uns zu bleiben.

Unsere "Ibkas" mit weniger Geschichtssinn als stichelhaarige Zwergdackel begreifen nicht, daß die Lehtreue der Kirche durch die Jahrtausende ein magischer Teil unseres Kapitals ist. Altbischof Stählin von Oldenburg sagte es klipp und klar: "Eine Kirche, die nicht anstößt, kann auch nicht anziehen!"

Absolut sicher ist aber, daß das jetzige Zeitalter zu Ende kommen wird, im "Westen" und auch anderswo". Höchstwahrscheinlich kommt eine Rückkehr zu einer vertikalen Ordnung, für Kirche und Glaube die Möglichkeit - aber auch nur die Möglichkeit! - sich etwas heimischer zu fühlen als heute, in einer Zeit, da Wissen, Erfahrung, Treue und Redlichkeit auf ein Minimum gesunken sind.

Aber auch wenn die kommende Vertikalität heidnischer und böser sein wird als der horizontale Sumpf, in dem wir heute leben, so dürfen wir nicht verzagen, denn Christus hat verkündet, daß Kirche und Glauben von den Pforten der Hölle nicht überwältigt werden.<<

1998

BRD: Im Jahre 1998 beträgt die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhalten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.

Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<